

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Zwei wie Pech und Schwefel
Josef Falkinger

Mehr zu verlieren als nur
die Ketten ... noch!
Michael Amon

Welche Perspektiven für
eine neue linke Strategie?
Ulrich Brand

Nachsitzen
Irina Tzaferis



**THE
POLAROID
PROJECT**

WESTLICHT



EDITORIAL

Anders als 2000 wird der Regierungseintritt der FPÖ heute als völlige Normalität angesehen. Das ist zum Teil dem Umstand geschuldet, dass die ÖVP sich inhaltlich in einer erschreckenden Art und Weise an ihren Koalitionspartner angenähert hat, dass der Unterschied oft kaum noch zu erkennen ist. Wenn aber zum anderen Teil behauptet wird, dass sich die FPÖ »normalisiert« habe und heute »harmloser« sei als 2000, dann ist das bestenfalls als Wunschdenken zu bezeichnen. Dass der Chefredakteur des selbst im Ausland kritisch beäugten blauen Propagandaportals »unzensuriert.at« nunmehr Sprecher des Innenministeriums der Republik Österreich ist, ist dafür nur ein Symbol. Entsandte Jörg Haider eine Truppe karriereorientierter Populisten in die Regierung, so ist die FPÖ von heute eine ideologisch gefestigte rechte Truppe. Dass ein ehemaliger Büroleiter Jörg Haiders nun auf einem schwarzen Ticket als »Gegengewicht« zum blauen Innen- und Verteidigungsministerium im Justizressort sitzt, kann auch nur bedingt beruhigen.

Tatsächlich ist die Ressortverteilung bemerkenswert: Es scheint so, als ob die FPÖ freimütig auf alle heiklen inhaltlichen Punkte (z.B. CETA) verzichtet und alle Lobbyaufträge der ÖVP bereitwillig mitträgt, die ÖVP dafür aber auf wesentliche Schlüsselressorts verzichtet. Einen Fehler hat die ÖVP allerdings nicht mitgemacht: Mit der Sicherung des Finanzministeriums wird sie natürlich auch in Zukunft in allen Ressorts mitspielen.

Auch diese Ausgabe der ZUKUNFT steht natürlich unter dem Eindruck der neuen Regierung, worauf sich die Sozialdemokratie einzustellen hat und wie sie reagieren soll.

Josef Falkinger liefert in seinem Text eine profunde strategische Analyse, welchen Entwicklungspfad die Regierung einschlagen könnte und wie die Sozialdemokratie aus der Opposition heraus der Regierung erfolgreich entgegentreten kann.

Michael Amon setzt sich mit der grundsätzlichen Positionierung der SPÖ und ihrer inhaltlichen und strategischen Positionierung auseinander.

Die ZUKUNFT-Redaktion hat das Regierungsprogramm aus einer sozialdemokratischen Perspektive analysiert und in eine Auswahl der 17 wichtigsten Punkte gegliedert.

Manche Pläne der schwarz-blauen Regierung, wie z.B. der 12-Stunden-Tag und die Verlagerung von Verhandlungskompetenzen auf die betriebliche bzw. individuelle Ebene, erinnern an Elemente autoritärer Krisenpolitiken in Europa, mit der Gewerkschaftsrechte zurückgedrängt werden. Sandra Breiteneder und Wolfgang Greif haben diese Politiken untersucht.

Auch Ulrich Brand wirft einen Blick über die Grenzen und nimmt die gerade aufgenommenen Verhandlungen über eine Große Koalition in Deutschland zum Anlass, auf Perspektiven linker Strategien in Europa einzugehen.

Ludwig Dvořák analysiert ein halbes Jahr nach dem Wahlsieg von Emmanuel Macron und seiner Partei, die Versuche der politischen Rechten und der Linken Frankreichs sich neu aufzustellen. Während die bürgerliche Rechte mit der Wahl eines neuen Vorsitzenden der Partei »Les Républicains« den Weg der konfrontativen Radikalisierung eingeschlagen hat, ist die Linke noch vornehmlich mit sich selbst beschäftigt.

Irini Tzaferis bespricht das Buch »Nachsitzen« bevor die Buchtipps die aktuelle Ausgabe abschließen.

Wir wünschen erholsame Feiertage und – den politischen Rahmenbedingungen zum Trotz – einen guten Start ins Jahr 2018!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur



Auke Bergsma, Woman Walking, 1981, Polaroid SX-70 Time Zero
© Auke Bergsma, Courtesy Fotosammlung OstLicht

Inhalt



Dennis Hopper, Los Angeles, Back Alley, 1987, Polaroid SX-70
© Dennis Hopper, Courtesy The Hopper Art Trust

6 **Zwei wie Pech und Schwefel**

VON JOSEF FALKINGER

12 **Mehr zu verlieren als nur die Ketten ... noch!**

VON MICHAEL AMON

16 **Was ÖVP und FPÖ planen**

VON REDAKTIONSTEAM »ZUKUNFT«

24 **Schwächung von Gewerkschaften**

VON SANDRA BREITENEDER UND WOLFGANG GREIF

30 **Welche Perspektiven für eine neue linke Strategie?**

VON ULRICH BRAND

36 **Frankreichs Polit-Erdbeben**

VON LUDWIG DVOŘÁK

42 **Nachsitzen**

VON IRINI TZAFERIS

46 **Buchtipps**

Sachliches & Belletristisches

Zwei wie Pech und Schwefel

Am 15. Oktober gab es vor allem einen Sieger: Sebastian Kurz. Seine Inszenierung als Retter der Nation schien voll aufzugehen. Doch spätestens mit der Pressekonferenz zur Regierungsbildung wurde deutlich: Auch HC Strache stellt Anspruch auf diesen Titel. Während sich die beiden als beste Freunde geben, zeigen sich erste Risse innerhalb der Regierungsparteien. Dass die Sozialdemokratie gestärkt an die Regierung zurückkehrt, ist aber keine ausgemachte Sache, meint Josef Falkinger.

Als Kurz und Strache nach ihrer Einigung das erste Mal vor die Presse traten, verblasste der Juniorkanzler geradezu gegen den gesetzt wirkenden Strache. Und das könnte so bleiben. Denn um das Versprechen des neuen Stils einzuhalten, darf Kurz nicht streiten. Er muss sich mit Strache in befreundeter Zweisamkeit präsentieren.

KURZ IN GEISELHAFT

Sebastian Kurz hat sich mit seiner Ankündigung eines neuen Stiles in eine verhängnisvolle Geiselhaft begeben. Während er weiter den demütigen Ministranten mimt, lässt Strache den eigentlichen Chef, einen fast väterlich anmutenden starken Mann raushängen – seine neue Brille ist auf diese Rolle maßgeschneidert. Auch Kurz hat ein neues Accessoire: eine Krawatte, die in der Symbolsprache »Kanzler« bedeutet. Aber mit ihr wirkt er eher wie ein Firmling, dem der Pate im lässigen Janker den Weg in die Zukunft weist.

Strache wird in dieser Rolle ständig versuchen, Kurz an die Wand zu drängen, während jener gezwungen ist, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Strache wird zudem immer wieder Provokationen starten, sticheln, Kurz sekkieren, um zu demonstrieren, dass er auch weiterhin mit dem sogenannten Establishment nichts am Hut hat und auch als starker Mann in der Regierung ein Rebell gegen das System bleibt. Ein Spiel, das ironischerweise bisher Kurz mit Erfolg innerhalb der alten Regierung trieb.

Ein Beispiel für diese Taktik war bereits die Strache-Forderung, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen oder diverse Kommentare zur Halbinsel Krim. Um für dieses Spiel

und die Selbstinszenierung als eigentlicher Kanzler genügend Zeit zu haben, überlässt Strache die wichtigen Ministerien anderen Playern aus seiner Partei.

AUCH DIE FPÖ KANN INSZENIERUNG

Allgemein wirkt es so, als hätte die FPÖ die publikumswirksamsten Ministerien herausverhandelt: Zum einen Innenministerium und Verteidigungsministerium, um martialisch verdoppelt die Muskeln spielen lassen zu können. Zum anderen wird ein Infrastrukturminister Norbert Hofer viele Bänder durchschneiden dürfen. Strache selbst hat sich mit den Sporttagenden so manchen patriotischen Auftritt bei populären Events gesichert. Dazu kommt noch das Außenministerium, wo Aufsehen erregende Reisen angetreten und neue spektakuläre Bündnisse eingegangen werden können. Man denke nur an Haiders Freundschaft mit Gaddafi oder die Putin-Connection. Während die FPÖ mit Norbert Hofer und Herbert Kickl neben Strache zwei weitere politische Schwergewichte aufbieten kann, operiert Kurz mit einem völlig neuen Team. Und genau dieses neue Team sorgt in der alten ÖVP bereits jetzt für gehörigen Unmut.

ES KRACHT IM GEBÄLK DER ÖVP

Die vielen neuen Gesichter können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kurz mit den Bündnen und Ländern einen gewaltigen Ballast hinter sich nachzieht. Gerade weil diese Vertreter der alten ÖVP weder im Wahlkampf noch in den Verhandlungen des Regierungsprogrammes oder bei der Ministerliste berücksichtigt wurden, ist nicht klar, ob Kurz seine Vorhaben in der Regierungspraxis wird durchsetzen können. Kurz hat sich vor allem der Industriellenvereinigung und einigen großen Unternehmen verpflichtet. Mit jedem Schritt, den er aber im Sinne

des Schwarzenbergplatzes tut, wird er eine traditionelle Klientel der ÖVP verprellen: So sorgten bereits jetzt die bildungspolitischen Maßnahmen für eine harsche Kritik der Lehrergewerkschaft aber auch der ÖVP Tirol. Die gesamte sogenannte Bürokratierreform wird in den Landes ÖVPs für erbitterten Widerstand sorgen. Ebenso die Durchforstung des Förderdschungels oder die Kompetenztrennung Bund und Länder.

ZANKAPFEL JOSEF MOSER

Symbol für diese Auseinandersetzung ist der Zank um den ehemaligen Haider-Vertrauten und Ex-Blauen Josef Moser, der als Mann der Industrie und Feind des Föderalismus gilt. Wäre Moser Finanzminister geworden, hätten die Länder die Lichtenfelsgasse angezündet, sagen ÖVP-Insider. Aber nicht nur die mächtigen ÖVP-Landesorganisationen betrachten die neue Macht der Industriellenvereinigung mit Argusaugen. Auch im ÖAAB, der in den westlichen Bundesländern etwa die Arbeiterkammern beherrscht, und in der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, die den Ton in der mächtigen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst angibt, können Kurz mächtige Gegenspieler erwachsen. Kann sich Kurz gegen diese Kräfte nicht durchsetzen, wird er mehr und mehr den Rückhalt der Industriellenvereinigung und seinen Nimbus als Erneuerer verlieren. Am Ende könnte er zwischen den Stühlen landen. In Wirklichkeit spielen Kurz und sein Team ein hochriskantes Spiel. Das zeigt sich auch darin, wie schwierig es für die ÖVP war, Minister und Ministerinnen zu finden – die 50% Frauenquote wurde angekündigt, aber nicht erreicht. Niemand weiß, wie sich diese unbekanntenen Figuren im politischen Alltagsgeschäft halten.

POPULISMUS AN DER MACHT

Eine populistische Wahlkampfstrategie ist immer mit hohen Risiken verbunden. Kurz versuchte, im Wahlkampf allen möglichen Bevölkerungsschichten eine leere Projektionsfläche für ihre Hoffnungen zu bieten. In der Regierungsarbeit wird Kurz diese leere Fläche mit konkreter Politik befüllen müssen, was nicht reibungslos gelingen kann. Viele Menschen, die Kurz gewählt haben, lehnen die FPÖ ab. Wie werden sie auf die neue traute Zweisamkeit von Kurz und Strache reagieren?

Auch die FPÖ hat eine Achillesferse: die Arbeiter. Mit der beschlossenen Einführung des 12-Studententages hat HC Strache auf seiner Facebookseite das erste Mal den geballten Unmut seiner Fans zu spüren bekommen. Bereits die erste schwarzblaue Regierung bescherte der FPÖ bei den ersten Landtagswahlen massive Wahlschläppen. Schüssel, der eben nicht das

Blaue vom Himmel versprach, sondern klares inhaltliches Leadership zeigte, konnte damals vom Einbruch der Freiheitlichen profitieren. Schüssel war im Unterschied zu Kurz kein Populist. Dieses Mal werden wir sehen, wie gleich zwei rechtspopulistische Parteien auf die Reibeflächen der konkreten Regierungsarbeit stoßen.

Potentiell könnte am Ende dieses Prozesses sogar ein doppeltes Knittelfeld stehen. Aber eine Garantie darauf gibt es nicht. Kurz und Strache sind und bleiben auch auf der Regierungsbank Meister der Inszenierung. Sie müssen durch eine entschlossene Opposition aktiv und mit Geschick entzaubert werden. Die sogenannten starken Männer der Politik sind zu meist nicht von sich aus stark. Sie beziehen ihre Stärke aus einer Kraftquelle, die wir bis jetzt noch nicht besprochen haben: der Schwäche der Opposition.

ZWEI SZENARIEN

Beide Regierungsparteien weisen jede für sich gewaltige innere Spannungsfelder auf, an denen es potentiell zu selbstzerstörerischen Konflikten kommen kann. Die ÖVP könnte sich zwischen der Industriellenvereinigung auf der einen Seite und den Bündnen und Ländern auf der anderen Seite zerreiben, die Freiheitlichen könnten die Arbeiter als Wähler verlieren. Für die Frage ob diese Konfliktherde tatsächlich aufbrechen, wird es jedoch entscheidend sein, wieviel Druck die Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments erzeugen kann. Wird es der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften und der Arbeiterkammer gelingen, gegen die Angriffe auf den Sozialstaat und die Lebensbedingungen der Menschen Widerstand zu leisten und die öffentliche Meinung zurückzuerobren?

In der Tat steht die Sozialdemokratie vor einer Weggabelung, die auf zwei Szenarien zugespitzt werden kann:

Das eine Szenario ist das britische, wo eine unter Jeremy Corbyn erneuerte Labour Party erfolgreich die soziale Frage ins Zentrum gestellt, sich demokratisiert und eine gewaltige Kampagnenfähigkeit entwickelt hat. Sie kann im Bündnis mit den Gewerkschaften und den jungen Menschen gegen die geballte Macht der Medien laut Umfragen Mehrheiten überzeugen, und sogar die Regierung in Abstimmungen im Parlament besiegen. Eine Rückkehr der Labour Party an die Regierung scheint unaufhaltsam.

Das andere Szenario ist das ungarische, wo die Sozialdemokratie in erster Linie als eine weltoffene, proeuropäische

Opposition gegen Orban auftrat und vor allem in der Verteidigung von Minderheitenrechten und liberalen Werten aufhielt. Diese Strategie führte in eine nachhaltige Selbstmarginalisierung und half mit, die Macht von Orban zu zementieren. Orban gelingt es dadurch sogar selbst immer wieder, als sozialer, zum Teil sogar antikapitalistischer Rebell gegen die liberalen Eliten der EU und ihrer Verbündeten in Ungarn aufzutreten. Ein Horrorszenario.

DIE TÜRKIS-BLAUE ANGRIFFSSTAKTIK

FPÖ und ÖVP wissen um das Sprengpotential der sozialen Frage. Das Migrationsthema konnte die grundsätzlich kapitalismuskritische Stimmung im Gefolge der Finanzkrise 2008 nur überlagern, nicht aber umkehren. Strache und Kurz tun also so, als würden sich ihre Angriffe nicht gegen die Masse der arbeitenden Menschen richten, sondern gegen die »Funktionäre« der Interessensvertretungen, gegen die Arbeiterkammer, die Betriebsräte, die Sozialversicherungsträger, in der Sprache von Sebastian Kurz gegen »das System«. »Sparen im System und nicht bei dem Menschen« lautet der dazu passende Slogan der neuen Regierung.

Die Gewerkschaften und die SPÖ sind hier gefordert, das demagogische Spiel aufzudecken und darzustellen wie hinter dem scheinbaren Angriff auf die Arbeiterkammer, auf die »Funktionäre«, ein Angriff auf 3,6 Millionen Lohnabhängige steckt. 75 % der 3,6 Millionen Arbeiterkammer-Mitglieder halten die Höhe der Kammerumlage für angemessen, weil sie wissen, was sie von der AK haben. Die Schlacht um die Arbeiterkammerumlage kann also gewonnen werden. Es braucht aber seitens der Gewerkschaften den Willen, alle gesetzlichen Mittel auszuschöpfen, um eine funktionstüchtige, ausreichend finanzierte, gesetzliche Interessensvertretung der arbeitenden Menschen zu verteidigen. Ein Versuch der Gewerkschaften, den Angriff auf die Kammer gleichsam zu durchtauchen, um durch ein ruhiges Zurückweichen zumindest Pflichtmitgliedschaft und Kollektivvertragssystem zu retten, könnte verhängnisvoll sein.

NICHT IN DIE FALLE TAPPEN

Die SPÖ darf zudem nicht den Fehler begehen, sich durch provokante Nebelgranaten des politischen Gegners auf politische Nebenschauplätze drängen zu lassen. Das Rauchverbot ist so ein Beispiel. Stattdessen gilt es, eigene Themen zu setzen, und diese konsequent und wieder immer wieder nach außen zu tragen. In der aktuellen Situation besteht die Hauptgefahr darin, dass die Sozialdemokratie einem vehementen Kampf um

soziale Errungenschaften ausweicht, um sich für kommende Regierungsbeteiligungen ein wirtschaftsfreundliches Image zu bewahren. Diese Haltung könnte dazu führen, dass die SPÖ sich in der Oppositionspolitik vor allem als liberales, kulturlinkes und proeuropäisches Gewissen präsentiert, sozusagen als Ersatzgrüne.

Kurz und Strache haben für Kern in dieser Hinsicht extra eine Falle aufgebaut: Sollte Kern seine Oppositionsrolle in erster Linie als liberaler, sachkompetenter Vertreter eines weltoffenen und proeuropäischen Österreichs interpretieren, werden sie ihn als abgehobenen Vertreter der EU-Eliten darstellen, der die Mehrheit der Österreicher und Österreicherinnen nicht versteht. Schnappt diese Falle zu, könnte das zu einer dauerhaften Selbstmarginalisierung der Sozialdemokratie führen.

In diese Falle sollten wir nicht tappen. Kurz und Strache sind die Vertreter der Schickeria, der Banken und der großen Konzerne. Die SPÖ hingegen ist die Schutzmacht der arbeitenden Menschen in Österreich. Rund um diese Kernkompetenz gilt es, die Grundlinien der sozialdemokratischen Oppositionspolitik zu entwerfen.

POLITIK FÜR DIE ARBEITENDEN MENSCHEN

Politik für die arbeitenden Menschen bedeutet, dass wir Themen ins Zentrum unserer Politik rücken, die die Masse der arbeitenden Menschen berühren und betreffen: Die Arbeitszeit, Arbeitsplätze der zunehmende Stress, unfreiwillige Teilzeit, zu niedrige Löhne, steigende Mieten, Zweiklassenmedizin, Zweiklassenbildung, Pflege, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Auch bei anderen Themen, für die sich die Sozialdemokratie stark macht, sollte sie nicht moralisch argumentieren, sondern herausstreichen, warum diese Fragen im Interesse der breiten Mehrheit der in Österreich lebenden und arbeitenden Menschen liegt: Die Mindestsicherung beispielsweise ist wichtig, weil sonst Menschen in die Kriminalität gedrängt werden und sich dann arbeitende Menschen nicht mehr sicher fühlen können.

Wenn die neue Regierung mit haarsträubenden rückwärtsgewandten Welt- und Menschenbildern provoziert, ist es entscheidend, aufzuzeigen, wie dieses krude ideologische Korsett die Mehrheitsbevölkerung in ihren Möglichkeiten einschränkt. Wenig sinnvoll ist es hingegen seinerseits mit

ideologischen Provokationen auf der ideologischen Ebene zu antworten und sich in einem unfruchtbaren Kulturkampf zu marginalisieren.

DIE FENSTER AUF!

Eine Ursache für den Sieg von Sebastian Kurz war es, dass er mehr als andere die große Unzufriedenheit und Wechselstimmung der österreichischen Bevölkerung erkannte. Dem entsprechend inszenierte er sich selbst als Rebell gegen das System und die »Neue Volkspartei« als Bewegung. In dieser Hinsicht liegt in der Sozialdemokratie viel Potential brach. Dabei müssten wir uns gar nicht inszenieren, sondern nur unsere ureigenste Vergangenheit, wenn man so will unser Wesen, als Bewegung neu und zeitgemäß interpretieren. Neu und zeitgemäß bedeutet zu allererst eine Reorganisation der SPÖ aber auch der Gewerkschaften als demokratische Mitmachbewegungen, wo sich Menschen in Betrieb, Grätzeln und Ort direkt einbringen können. Auch eine demokratische Wahl des SPÖ-Vorsitzes durch die Mitglieder wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Es gilt, mit einem Netz von Vertrauensleuten eine Gegenmacht zu den Boulevardmedien und den rechten Echokammern in den sozialen Netzen zu bilden.

Auch als Rebellen müssen wir uns nicht erst inszenieren. Ein vernünftiges sozialdemokratisches Programm bedeutet in der heutigen Zeit notwendigerweise eine Rebellion gegen die ungebändigte Macht der Finanzkonglomerate und Internetgiganten, gegen Chemiekonzerne und Pharmedien, eine Bewegung, damit 95 Prozent die Kontrolle über ihr Leben zurückgewinnen. 

JOSEF FALKINGER

ist Ökonom und Vorsitzender der FSG-Betriebsgruppe
in der Statistik Austria.

THE POLAROID PROJECT

WESTLICHT

Polaroid! Die Marke ist längst zum universellen Mythos geworden. Sie hat Gebrauchsweisen initiiert, die – ein Blick auf Instagram genügt – die Alltagsfotografie noch heute beeinflussen. An der Schnittstelle von Kunst und Technologie zeigt die Ausstellung das Phänomen Polaroid zum ersten Mal in seiner gesamten Breite. Herausragende Künstlerinnen und Künstler – von Ansel Adams bis Andy Warhol – haben im Medium der Sofortbildfotografie neue Wege beschritten und die Ästhetik einer Ära geprägt. Ihren einzigartigen Werken stellt The Polaroid Project mit Kameramodellen, Konzepten und Prototypen jene innovative Technik an die Seite, die diese visuelle Revolution überhaupt erst ermöglichte. Wien – dank der Initiative von Peter Coeln seit 2010 die neue Heimat der International Polaroid Collection – ist die erste Station der Ausstellung in Europa.

WestLicht. Schauplatz für Fotografie
18.11.2017 – 25.02.2018
Westbahnstraße 40, 1070 Wien
www.westlicht.com





Guy Bourdin, Charles Jourdan, 1978, C-Print auf Fujiflex
© The Guy Bourdin Estate 2017, Courtesy Louise Alexander Gallery

Mehr zu verlieren als nur die Ketten ... noch!

Michael Amon plädiert im vorliegenden Text leidenschaftlich dafür, dass sich die Sozialdemokratie europaweit wieder klar als linke politische Kraft definiert. Was sie von anderen Parteien unterscheiden muss, ist ihr Einsatz für die Gleichheit in Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir Sozialdemokraten sollten es verschmähen, unsere Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Wenn wir also durch allerlei gedankliche Konstruktionen versuchen, uns in Zeiten eines spürbaren Rechtsrucks am ach so garstigen Wort »links« vorbei zu schwindeln, wird uns das nicht weiterbringen. Wenn versucht wird, den sozioökonomischen Begriff der »Mitte« dahingehend umzudeuten, dass wir diese Mitte bei Wahlen zurückgewinnen müssen, führt das in die Irre. Denn aus politischer Sicht ist eine ziemlich rechts wählende Mitte eben nicht Mitte (das wäre ein Widerspruch in sich selbst), sondern eindeutig rechts. Mitte ist keineswegs dort, wo die Mehrheit ist. Wie falsch diese Idee ist, kann man leicht beweisen: mit dieser Sicht auf »Mitte« wäre die NSDAP eine Partei der Mitte gewesen. Oder weniger weit ausgeholt: Schwarz-Blau wäre Mitte, bloß weil öVP und FPÖ die Mehrheit der Wählerschaft auf ihrer Seite haben. In Wahrheit ist diese politische Konstellation deutlich rechts bis sehr weit rechts. Politisch ist hier von Mitte nicht viel zu sehen.

Wenn einstige Mitte-Wähler nach rechts wandern, dann wird Rechts nicht zur Mitte, sondern bleibt, was es immer war: Rechts. Dieser Versuch, mit einem falschen Mittebegriff zu operieren ist nichts Anderes als eine Neuauflage des berühmten »Dritten Weges« von Blair und Schröder. Die Folgen sind bekannt: Großbritannien gleicht außerhalb Londons immer mehr einem Dritte-Welt-Land, in Deutschland hat sich »dank« Hartz IV eine massive Unterschicht ohne jede Zukunftsperspektive verfestigt (auf die anderen Folgen von Hartz IV komme ich noch).

Es nützt nichts: die europäische Sozialdemokratie und damit auch die SPÖ werden nicht daran vorbeikommen, sich

wieder als Parteien des linken Spektrums zu definieren. Nur dann wird es gelingen, auf die Fragen der Zeit adäquate Antworten zu finden und damit die Menschen zu erreichen. Es wird die Aufgabe der Zukunft sein, von einem klaren linken Standpunkt aus jene Menschen zu überzeugen, die aus vielerlei Gründen von der politischen Mitte nach rechts abgedriftet sind. Sie sind zwar ökonomisch Mitte, sprich: Mittelklasse, politisch jedoch ins rechte Lager gewechselt. Also sollte man hier sprachlich präzise bleiben und vor allem politisch nicht die Orientierung verlieren: die Behauptung, links und rechts als politische Zuordnungen funktionieren nicht mehr, weil es diese Kategorien in der gelebten Realität nicht mehr gäbe, war schon falsch, als sie das erste Mal erhoben worden ist.

GLEICHHEIT!

Auch einer anderen Behauptung ist heftig zu widersprechen: dass die Sozialdemokratie überflüssig geworden sei, da sie alle Ziele erreicht habe. Um diese unsinnige These (unsinnig auch wenn sie jemand wie Dahrendorf in die Welt gesetzt hat) zu widerlegen, genügt es, sich auf der Welt umzusehen. Solange selbst in entwickelten Industriestaaten beispielsweise massive Kinderarmut existiert und ein reales Problem ist, soll niemand phantasieren, die Sozialdemokratie sei bar ihrer Ziele überflüssig geworden.

Grundsätzlich hat die Sozialdemokratie historisch immer mindestens zwei Aufgaben zu erfüllen gehabt: Demokratisierung der Gesellschaft und Beseitigung der Armut. Auf beiden Gebieten ist längst nicht alles erreicht, mehr noch: es gibt derzeit eminente Rückschläge durch reaktionäre Regierungen in Europa (Polen, Ungarn und demnächst auch hierzulande). Zu tun ist also genug. Vor allem ist das eigene Selbstverständnis zurechtzurücken. Bleiben wir daher bei der Frage, wodurch

heute linke Politik gekennzeichnet ist. Die nur auf den ersten Blick simple Antwort: durch das, wodurch sie immer schon gekennzeichnet war. Linke Politik ist charakterisiert durch die Antwort, die sie auf die Frage nach der Gleichheit gibt. Das war immer so und wird wohl immer so bleiben. Links ist jede Politik, die mehr Gleichheit schafft – nicht im Sinne einer dümmlichen Gleichmacherei. Eine Politik der Gleichheit versucht vielmehr, die sozialen Folgen der natürlichen Ungleichheit zu beseitigen. Sie macht die Menschen nicht »gleich«, aber sie verhindert, dass die angeborene und ererbte Ungleichheit die Möglichkeiten des Individuums, ein sinnerfülltes und qualitativvolles Leben zu führen, einschränkt. Zu diesem Grundgedanken der Gleichheit gehört unumstößlich die Aufgabe, aus Almosen und Spenden rechtliche Ansprüche zu machen.

FEINDE

Dass das auch eine neue Art der Moral benötigt, wurde leider oft vergessen: das berühmte »Anspruchsdenken«, das oft als Argument gegen die gesetzliche Verbriefung von Ansprüchen ins Feld geführt wird, gibt es leider wirklich. Das Bewusstsein, man solle staatliche Sozialleistungen nur in Anspruch nehmen, wenn man sie wirklich braucht, ist unter dem Ansturm der neoliberalen Selbstbereicherungsaufrufe völlig verloren gegangen. Der völlig verunglückte Werbespruch der spö aus dem letzten NR-Wahlkampf »Hol dir, was dir zusteht« zeigt, wie wirkungsmächtig die neoliberalen Ego-Sprüche bis weit in die Sozialdemokratie hinein waren.

Wenn man sich auf diese einfachen Grundsätze zur Gleichheit besinnt, wird sofort klar, dass neoliberale Ideen die natürlichen Feinde der Sozialdemokratie sind. Neoliberale Politik verstärkt die Ungleichheit in einem ganz trivialen Sinn: Enrichissez-vous! Die Armen werden mehr, die Reichen bekommen mehr. So hat jeder seinen Zuwachs.

»Erhebt sich neben dem kleinen Haus ein Palast, schrumpft das kleine Haus zur Hütte zusammen. Das kleine Haus beweist nun, dass sein Inhaber keine oder nur die geringsten Ansprüche zu machen hat; und es mag im Laufe der Zivilisation in die Höhe schießen noch so sehr, wenn der benachbarte Palast in gleichem oder gar in höherem Maße in die Höhe schießt, wird der Bewohner des verhältnismäßig kleinen Hauses sich immer unbehaglicher, unbefriedigender, gedrückter in seinen vier Pfählen fühlen.« (Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital)

So schrieb Marx im Jahr 1849 und hat damit interessanterweise genau jene Problematik beschrieben, die heute Teile des

Mittelstands zu rechten und rechtsradikalen Parteien flüchten lässt. Es wird damit auch klar, dass die derzeitige Grundverfassung der EU, ihre vier Grundfreiheiten, ein Mehr an Ungleichheit geschaffen haben, für ganze Länder und ihre Menschen die Chancen verringert haben. Selbst in den entwickelten EU-Staaten ist heute der Mittelstand ökonomisch bedroht und wählt politisch immer öfter und zahlreicher rechts und rechtsradikal, da er sich in seiner materiellen Existenz bedroht fühlt und den Rückfall in die Armut befürchtet. Man hat in den letzten 20 Jahren genau die von Marx beschriebene Situation geschaffen – unter tatkräftiger Mithilfe der Sozialdemokratie.

Es ist nicht die Globalisierung, die uns bedroht, sondern ihre neoliberale Ausgestaltung. Die Maastricht-Verträge haben die Bewohner Europas schutzlos der Billigst- und Sozialdumping-Konkurrenz insbesondere Chinas ausgeliefert. Beschlossen wurden diese Verträge von einer EU, in der die Mehrheit der Staatschefs bis etwa 1999 sozialdemokratisch war. Die ökonomisch desaströse Form der Osterweiterung schuf eine europainterne »Globalisierung« und holte die Billigstkonkurrenz gleich direkt in die EU. An den Folgen laboriert Europa bis heute, und die Versuche, die eklatantesten Fehler (etwa die Entsendungsrichtlinie) zu korrigieren, gestalten sich enorm mühsam.

Insbesondere auch deshalb, weil Deutschland unter dem Sozialdemokraten Schröder (»Der Boss der Bosse«) eine Todsünde gegen die eigenen Grundsätze beging: die Schaffung von Hartz IV. Damit wurde nicht nur ein dauerhaftes, sich immer mehr verfestigendes Subproletariat geschaffen, sondern ein Minilohn-Sektor etabliert, der ganz Europa geschadet hat. Das reiche Deutschland zwang seine eigenen Bürger in prekäre Jobs und vernichtete damit Arbeitsplätze für wenig qualifizierte Arbeiter in den Südstaaten der EU.

Die Krisen in Griechenland, Spanien und Portugal sind eine Folge der Tatsache, dass durch Hartz IV die Billigjobs nach Deutschland abwanderten oder dort erstmals entstanden. Profitiert haben davon einige Wenige. Deutschland klopft sich als »Exportweltmeister« auf die Schultern, kritisiert die Länder mit Handelsbilanzdefiziten und vergisst zu erwähnen, dass diese Defizite die Überschüsse Deutschlands generieren. Schröders Hartz IV-Politik hat das deutsche Großkapital gestärkt, aber die Ungleichheit in Europa (sowohl zwischen Ländern als auch zwischen Menschen) drastisch erhöht. Linke, also sozialdemokratische Politik sieht anders aus. All das muss man sich vor Augen halten, wenn man über die Krise

der Sozialdemokratie spricht. Auch die österreichische Sozialdemokratie hat beim neoliberalen Voodoo mitgetanzt, wenn auch in geringerem Ausmaß – das ist ein Charakteristikum der gegenwärtigen Sozialdemokratie: sie ist nur noch eine Bewegung für die kleinere Dosis. Kein Wunder, wenn die Menschen ihr Glück bei jenen rechten Heilsbringern suchen, die ihnen die »volle« Dosis versprechen. Was das wirklich bedeutet, haben die Leute meist nicht begriffen, und die SD war nicht in der Lage, das zu vermitteln, weil sie selbst in Wahrheit an die Wirksamkeit der neoliberalen Rezepte geglaubt hat. Die Bekenntnisse gegen den Neoliberalismus erfolgen am Sonntag, während des Rests der Woche wird die unbekömmliche Kost des Extremoliberalismus serviert.

GRUNDSÄTZE!

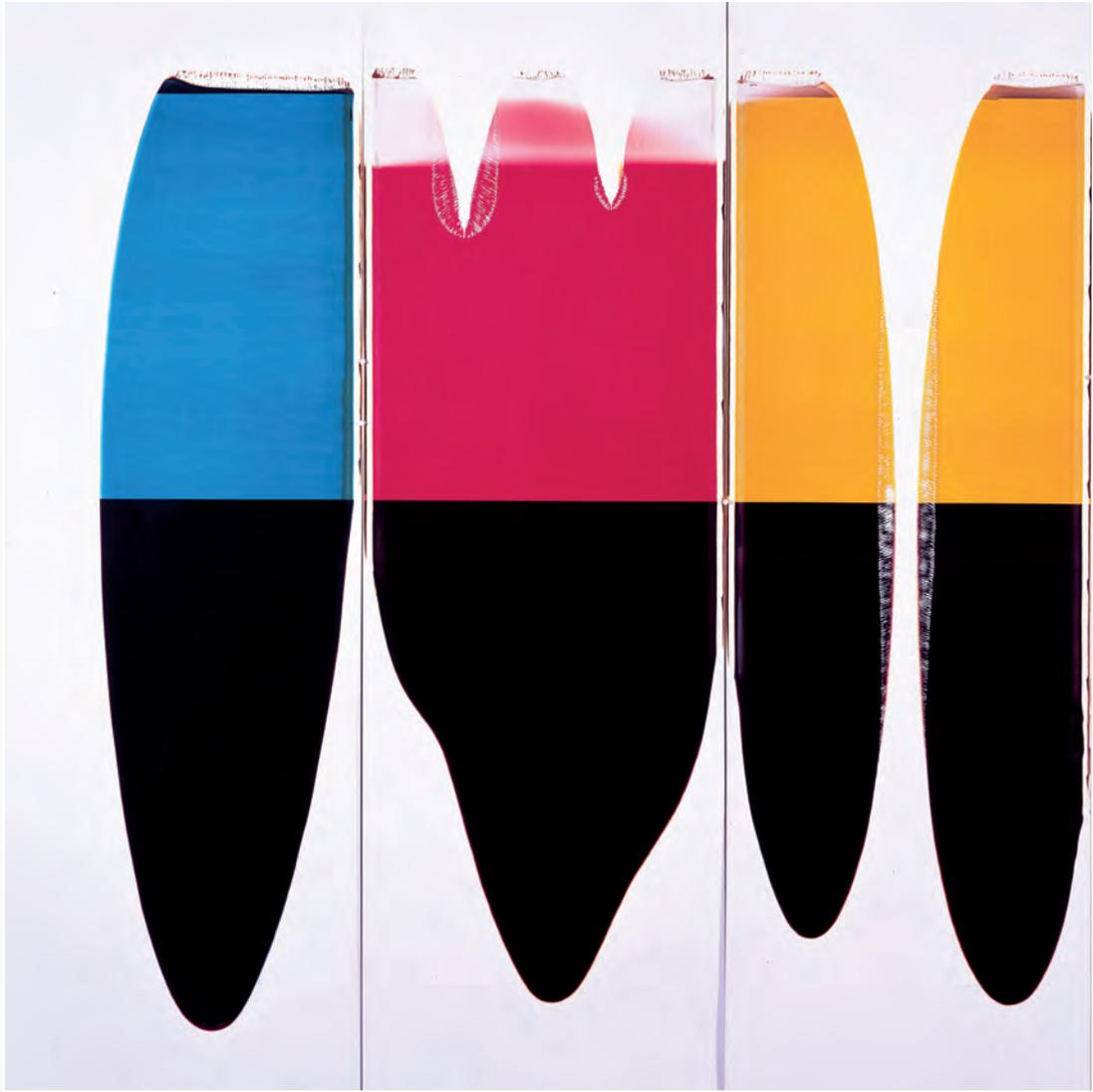
Was derzeit in Österreich droht, ist anderswo (Polen, Ungarn) in der EU bereits im Gange: ein reaktionärer Rückfall in längst überwunden geglaubte Regierungsformen und -methoden. Sozialer und gesellschaftlicher Rückschritt, wie er sich in den Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ abzeichnet, droht in ganz Europa, wenn die Sozialdemokratie nicht zu ihren Grundsätzen zurückfindet und sie den neuen Erfordernissen anpasst (aber anders, als Schröder & Co. das vorgemacht haben). An dieser Stelle sei daher auch davor gewarnt, das Heil bei einem »Reformer« wie Macron zu suchen. Man muss zwar froh sein, dass er und nicht Le Pen die Präsidentschaftswahl gewonnen hat, aber Grund zum Jubeln ist sein Sieg keiner. Wenn Sozialdemokraten dem Irrtum erliegen, in Macron ein neues role model zu finden, so kann man sie nur davor warnen. Ökonomisch hat Macron mehr mit Schwarz-Blau oder dem langjährigen deutschen Finanzminister Schäuble gemein, als viele derzeit erkennen wollen.

Noch immer gilt, dass selbst in unseren scheinbar so wohlhabenden Zeiten auch im entwickelten Europa Menschen leben, die nicht viel mehr zu verlieren haben als ihre Ketten. Das hat die Sozialdemokratie zuletzt mehr und mehr vergessen und sich lieber (so wichtig das für einige sein mag) um Binnen-I oder Life-Ball gekümmert, hat sich an der Peripherie herumgetrieben, anstatt ins Zentrum der Lebensprobleme vorzustoßen. Denn auch wenn es inzwischen viele gibt, die mehr als nur ihre Ketten zu verlieren haben, so gilt: noch haben sie mehr zu verlieren. Betonung auf »noch«! Die Sozialdemokratie wird daher angesichts rapid brisanter werdender Existenzfragen (etwa der Pflege bei Krankheit und im Alter) und exponentiell zunehmender Ungleichheit die alles entscheidende Frage einer linken Partei zu stellen haben:

wie halten wir es mit der Gleichheit? An der klugen Beantwortung dieser Frage hängt die Existenz der Sozialdemokratie und jener, denen es droht ohne die politische Wirkungsmacht der selbigen in den Abgrund gedrängt zu werden. 

MICHAEL AMON,

Bruno-Kreisky-Preisträger, lebt in Wien und Gmunden.



Pulls (CMY), 1997, Polaroid 20x24 Polacolor,
© Ellen Carey, Courtesy Jayne H. Baum Gallery, NYC, NY and M+B Gallery, LA, CA / The Polaroid Collection

Was ÖVP und FPÖ planen

Die ZUKUNFT-Redaktion hat das Programm der neuen Regierung analysiert und in eine Auswahl der 17 wichtigsten Punkte übersichtlich gegliedert.

Das neue Regierungsprogramm umfasst 182 Seiten, 5 Teile und 26 Themenkapitel, im Grunde aber nur drei Schwerpunkte: Es strotzt zum einen vor konkreten Politprojekten, die ganz im Sinne der Förderer dieser Koalition aus Wirtschaftskreisen gestaltet wurden. Die geplanten Änderungen bei Arbeitszeit, im Steuer- und Mietrecht tragen die unverkennbare Handschrift der Industrie, der Tourismus- und der Immobilienwirtschaft.

Zum zweiten tritt die Regierung mit ihrem Programm den Beweis an, dass sie auch nach der Wahl keine Skrupel kennt, von der von ihr betriebenen sozialen Spaltung der Gesellschaft durch eine ethnische Spaltung abzulenken. Von der Mindestsicherung über das Fremden- und Asylrecht bis hin zur Ausgleichszulage werden ÖVP und FPÖ keine Bösartigkeit auslassen, um den Menschen, die sie schröpfen wollen, einzureden, dass »die Ausländer« noch viel mehr draufzahlen.

Der dritte Schwerpunkt ist der von Schwarz-Blau angestrebte Umbau des Staatsapparats, der zwar durch unbestimmte Formulierungen auf den ersten Blick unkonkret erscheint, aber dennoch erkennbare Konturen hat. Die FPÖ hat sich im Regierungsprogramm einige Projekte ausverhandelt, um sich im Sicherheitsapparat eine dauerhafte Gefolgschaft aufzubauen, der ORF wird wie erwartet »neu strukturiert« und das Projekt der plebiszitären Aushebelung des Parlamentarismus ist nur scheinbar auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Mit der Umgestaltung der Sozialversicherung, dem Entzug von Prüfungs Kompetenzen für die Krankenkassen und den nur taktisch verschobenen Angriffen auf die Arbeiterkammern droht das Programm, auch abseits der geplanten Änderungen bei den Arbeitszeiten, den frontalen Angriff auf die Beteiligung der Gewerkschaften an Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen an.

Besonders bemerkenswert, gerade für eine Regierung, die sich selbst der wirtschaftlichen Seriosität rühmt, ist, dass das Programm keinerlei substanzielle Informationen über den Budgetpfad enthält. Wie bereits im Wahlkampf gibt das Programm keinen Aufschluss, wie das auch im Programm wiederholte Ziel der Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40% finanziert werden soll.

Die im Vorwort deklarierte Absicht, die »Bürgerinnen und Bürger einzubinden« beginnt also damit, dass die tatsächlich bereits getroffenen budgetpolitischen Entscheidungen der neuen Regierung unter Verschluss gehalten werden. Denn angesichts des medial groß inszenierten »Kassasturzes« zu Beginn der Verhandlungen erscheint es noch undenkbarer als es das ohnehin wäre, dass ÖVP und FPÖ nicht durchgerechnet hätten, was ihre Projekte kosten bzw. was ihre geplanten Kürzungen einsparen sollen. ÖVP und FPÖ haben vielmehr beschlossen, diese Informationen geheim zu halten und wird dies seine guten Gründe haben. Auch Zahlen lassen sich schönreden, sie würden aber wohl deutlich machen, dass ÖVP und FPÖ mit dem Slogan »Unser Geld für unsere Leut'« tatsächlich die Bedienung ihrer Geldgeber in Industrie und Wirtschaft meinen.

Die ZUKUNFT-Redaktion hat das Regierungsprogramm einer gründlichen Analyse der wichtigsten Punkte aus einer sozialdemokratischen Perspektive unterzogen. Nachstehend die Zusammenfassung des Allerwichtigsten, worauf wir uns politisch einzustellen haben:

I. GEPLANTER RÜCKBAU DES SOZIALSTAATS

Man kann der neuen Regierung nicht vorwerfen, dass sie geschulte politische BeobachterInnen darüber im Unklaren ließe, was sie vorhat. Wenn auch im neoliberalen Codes, legt sie ihre Strategie offen: »Wir müssen der staatlichen Bevormundung ein Ende setzen. Dabei wollen wir selbstverständlich all

jenen helfen, die sich selbst nicht helfen können – vor allem jenen, die über viele Jahre in unser System eingezahlt haben, jetzt aber viel zu wenig herausbekommen.« Wer es sich antut, das Programm (oder diese Zusammenfassung) zu lesen, erkennt, was damit gemeint ist. Ein »Ende der Bevormundung« heißt: Rückbau des Sozialstaats und die Bedienung von Lobbyinteressen in der Wirtschaft. »Jenen helfen, die über viele Jahre eingezahlt haben« ist tatsächlich der codierte Ausdruck für »Bei Ausländern kürzen«. Dabei zeigt das Programm bei näherer Betrachtung, dass auch langjährige BeitragszahlerInnen die Zeche für schwarz-blaue Lobbygeschenke zahlen werden – ihren Trost aber in den vielfältigen Schikanen und Bösarbeiten gegenüber AsylwerberInnen und -berechtigten finden sollen.

1. Schwarz-Blau kündigt die erleichterte Einführung des »12-Stunden-Tags« an. Die Ausweitung der täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeiten (von 10/50 Stunden auf 12/60 Stunden) soll durch Betriebsvereinbarungen, mangels Betriebsrat sogar einzelvertraglich möglich werden, bestehende Schutzvorschriften sollen entfallen. Auch bei Gleitzeit soll der mögliche Rahmen auf 12/60 Stunden angehoben werden. Im Gastgewerbe soll die tägliche Ruhezeit gesetzlich von 11 auf 8 Stunden verkürzt werden. Schwarz-Blau behauptet, dass sich bei der Entlohnung für Überstunden nichts ändern werde. Ob das wahr ist, wird sich in vollem Ausmaß erst im konkreten Gesetzesentwurf zeigen. Für viele Angestellte wird es jedenfalls nicht stimmen sie werden Zuschläge verlieren. Mit der beabsichtigten Ausweitung des bei Gleitzeit erlaubten 12-Stunden-Tags ist nämlich zu fürchten, dass v.a. in betriebsratslosen Betrieben viele mit Zuschlag zu entlohnende Überstunden in der Praxis in der zuschlagsfreien Gleitzeit »verschwinden« werden. Aus gutem Grund hatte die Gewerkschaft in der Vergangenheit darauf bestanden, bei einer Flexibilisierung Ausgleichsmaßnahmen, wie z. B. eine sechste Urlaubswoche, vorzusehen. Davon ist bei Schwarz-Blau natürlich keine Rede. Beim 12-Stunden-Tag geht es aber noch um weit mehr, als um die (schon für sich wichtige) Arbeitszeitfrage. ÖVP und FPÖ versuchen hier, an den Gewerkschaften vorbei, zentrale Arbeitsrechtsfragen auf die betriebliche Ebene zu verschieben und so die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaft und die Schutzkraft des Kollektivvertrags auszuhebeln. Gelingt es ihr in dieser Frage, ist absehbar, dass weitere Angriffe folgen werden.

2. Jahrelang haben die Gewerkschaften mit Teilen der Wirtschaft gegen den organisierten Lohn- und Sozialbetrug

von Arbeitgebern angekämpft. Was anfänglich ein Phänomen der Bauwirtschaft war, hat längst auf Branchen wie das Reinigungsgewerbe und die Hotellerie übergegriffen. Subfirmen werben Beschäftigte an und lassen sie wochenlang arbeiten, ohne entsprechende Löhne und Sozialabgaben zu zahlen. In der letzten Legislaturperiode konnte hier mit dem geschärften Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz erstmals eine vernünftige, wenn auch weiter verbesserungsfähige, Grundlage zur Bekämpfung dieses Phänomens geschaffen werden. Es hat die systematische Nicht- und Unterentlohnung zum Verwaltungsstraftatbestand gemacht. Schwarz-Blau plant offenbar auf Druck von Teilen der Wirtschaft, die gegen die Verschärfungen protestiert hatten, das Gesetz wieder zu verwässern. Inländische Betriebe abseits der Baubranche, die z. B. konsequent keine Zuschläge, Zulagen und Diäten auszahlen, sollen wieder straffrei gestellt werden. Eine Absenkung der Strafen und die Beseitigung des Kumulationsprinzips im Bereich des Verwaltungsstrafrechts drohen das Gesetz aber für alle unterentlohnenden Betriebe zahnlos werden zu lassen. Die Behauptung, das Problem des Lohnbetrugs betreffe nahezu ausschließlich die Baubranche entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Hier wurde offenbar dem Druck aus der Tourismus-, Reinigungs- und Arbeitskräfteüberlassungs-Branche nachgegeben – zum Schaden eines fairen Wettbewerbs und jener in- und ausländischen ArbeitnehmerInnen, die schamlos ausgebeutet werden.

3. Auf Druck der SPÖ hat die letzte Regierung im Frühjahr 2017 zwei großangelegte Beschäftigungsprojekte aufgesetzt, die die Wirkungen des einsetzenden Aufschwungs verstärken und auch Problemgruppen am Arbeitsmarkt erreichen sollten: Den Beschäftigungsbonus und die »Aktion 20.000«. Die »Aktion 20.000« soll 20.000 Arbeitsplätze in Gemeinden, bei gemeinnützigen Trägern etc. für über-50-jährige Langzeitarbeitslose schaffen. Sie bietet nicht nur diesen, de facto vom Arbeitsmarkt seit Jahren ausgeschlossenen, Menschen eine konkrete Zukunftsperspektive, sie stellt auch für die finanziell ausgehungerte Gemeinden die Möglichkeit dar, Leistungen anzubieten, die sonst nicht möglich wären. Die Ergebnisse der im Sommer zu Testzwecken gestarteten Modellregionen in Deutschlandsberg und Voitsberg sind höchst erfolgreich. In der Steiermark sank die Altersarbeitslosigkeit im November 2017 im Landesdurchschnitt um 3,5 %, in der Modellregion Deutschlandsberg um 25,3 %, in Voitsberg um 48,3 %. Schwarz-Blau fasst nun offensichtlich Kürzungen ins Auge, bevor die Aktion 2018 österreichweit startet. Sie soll »geprüft« werden, eine weitergehende Festlegung hat man

wohl aufgrund der Proteste während der Verhandlungen vorläufig unterlassen.

4. In der Arbeitslosenversicherung plant die Regierung umfassende Verschlechterungen: Durch eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen soll die zumutbare Wegzeit für Vollzeitbeschäftigte von 2 auf 2,5 Stunden und für Teilzeitbeschäftigte von 1,5 auf 2 Stunden verlängert werden. Eine weitere Schwächung des Berufsschutzes soll den Druck auf qualifizierte Beschäftigte noch weiter verstärken, unqualifizierte Tätigkeiten ausüben. Die Regierung plant offensichtlich die Umsetzung von Hartz IV in Österreich. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Mindestsicherung sollen »harmonisiert« werden, was eine deutliche Verschlechterung für Langzeitarbeitse darstellt. Hier versuchen ÖVP und FPÖ die geplante Verschlechterung für alle hinter einem fremdenfeindlichen Schleier zu tarnen, indem sie arbeitslose EU-BürgerInnen und Drittstaatsangehörige ins Visier nehmen. Sie kündigen zudem längere Leistungen für langjährige BeitragszahlerInnen an (was ja auch der aktuellen Rechtslage entspricht), gleichzeitig soll eine »degressive Gesaltung« aber den Anspruch laufend sinken lassen. Schwarz-Blau plant also offenbar die Kürzung von Beschäftigungsprojekten für Zielgruppen, die besonders von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind (»Aktion 20.000«), um dann das Arbeitslosengeld als »Beschäftigungsanreiz« zu kürzen.

5. Auch in der Mindestsicherung will Schwarz-Blau generelle Kürzungen bei den Schwächsten durch besondere und wohl verfassungswidrigen Bösartigkeiten gegen Asylberechtigte tarnen. Für Asylberechtigte soll die Mindestsicherung auf max. € 515,00 gekürzt werden, obwohl durch die in Verfassungsrang stehende Genfer Flüchtlingskonvention die Verpflichtung besteht, Asylberechtigte mit InländerInnen rechtlich gleichzustellen. Gleichzeitig soll eine Deckelung der Mindestsicherung mit € 1.500 pro Familie verankert werden. Diese Kürzung wird zwar nur wenige große Familien treffen, richtet sich aber in erster Linie gegen die Kinder, für die Leistungen gekürzt werden. Nachdem die ÖVP jahrelang eine bundeseinheitliche Regelung blockiert hatte, soll diese Kürzung nach dem Vorbild von Schwarz-Blau in Oberösterreich nun mit einem Grundsatzgesetz des Bundes erzwungen werden, das die Länder dann näher auszugestalten hätten. Die offenkundige Verfassungswidrigkeit deutet darauf hin, dass es Schwarz-Blau auf diesem Feld ausschließlich um eine Fortsetzung ihrer zynischen und menschenfeindlichen Vernebelungskampagne auf dem Rücken der Betroffenen plant.

6. Im Pensionsbereich hält sich die Regierung vorläufig bedeckt. Als soziales Prestigeobjekt kündigt sie an, die von der SPÖ in der letzten Periode durchgesetzte Erhöhung der Ausgleichszulage für Versicherte mit mehr als 30 Beitragsjahren fortzuschreiben bzw. für BezieherInnen mit mehr als 40 Beitragsjahren auszuweiten. Die Zahl der Einzelpersonen, die mit 40 Beitragsjahren eine Ausgleichszulage beziehen wird jedoch wohl deutlich geringer sein, als die Zahl jener, die von der im Vorjahr beschlossenen Ausweitung profitieren. Bei der Berufsunfähigkeitspension plant sie offenbar weitere Verschärfungen durch eine Beseitigung des Berufsschutzes. Viel Geld will die Regierung offenbar für die steuerliche Förderung der Privatvorsorge in die Hand nehmen, von der v.a. Besserverdienende und Versicherungskonzerne profitieren und die nach der letzten Steuerreform auslaufen sollte. Was tatsächlich im Pensionsbereich auf uns zukommt, wird aber wohl erst zu klären sein, wenn Schwarz-Blau ein Finanzierungskonzept für die Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf den Tisch legen muss.

7. In der Bildungspolitik scheinen traditionelle Klassendünkel unverkennbar durch: Die Wiedereinführung von Studiengebühren stellt eine klare Hürde für Kinder aus einkommensschwachen Familien aus Österreich dar, nicht für wegen des Numerus Clausus nach Österreich ausweichende AkademikerInnenkinder aus Deutschland. Neben der öffentlich vieldiskutierten, symbolträchtigen Notenfrage plant die Regierung aber inhaltlich noch wesentlich bedeutsamere Änderungen im Schulwesen, die wohl dafür sorgen würden, das es ArbeiterInnenkinder es nicht einmal bis zur Matura bringen sollen. Eine »leistungs- und ergebnisorientierte Gestaltung der Besoldungssystematik in allen Schultypen«, mehr »Schulautonomie bei der Anmeldung und Aufnahme von Schülern« und nicht zuletzt die »Sanktionen bei Sozial- und Transferleistungen« für Eltern und Erziehungsberechtigte haben allesamt eine massiv sozial selektive Wirkung.

Sie würden bei konsequenter Umsetzung bedeuten, dass die Bezahlung und wohl in weiterer Folge auch die Qualität der Lehrenden dort niedriger ist, wo aufgrund der sozialen Zusammensetzung der SchülerInnen die Schulleistungen im Durchschnitt schlechter sind. Sie würden Schulen die verstärkte Möglichkeit geben, sich durch ihre Aufnahmepolitik sozial abzuschließen (und damit auch noch potenziell die Bezahlung der Lehrenden zu erhöhen). Die Kürzung von Transferleistungen bei häufigem Fehlen von SchülerInnen stellt eine Existenzbedrohung für viele Familien dar, setzt Kinder

und Jugendliche noch mehr unter Druck und spiegelt die Verachtung einer Regierung der Eliten für das, was sie Unterschichten nennt, wieder.

8. Im Mietrecht ist der Einfluss einzelner Lobbygruppen besonders sichtbar: Ein neues Mietrecht soll auch in (renovierten) Altgebäuden »marktkonforme« Mieten bringen. Noch im gegenwärtigen Mietrecht sollen die Mieten in Gründerzeitvierteln erhöht, Befristungen erleichtert und auch für kürzere Perioden ermöglicht und die Eintrittsrechte für lebende und hinterbliebene Angehörige massiv beschränkt werden. Dieses Lobby-Programm für Miethaie wird unter das Schlagwort der Bekämpfung des »Mietadels« gestellt. Im geförderten Wohnbau soll die Mittelschicht durch höhere Mieten zur Kasse gebeten werden. Die »Förderung« von Eigentum soll offenbar durch die weitere Einschränkung des leistbaren Mietangebots erfolgen.

9. Im Familienrecht soll die »Modernisierung und Vereinfachung des Kindesunterhaltsrechts« offenbar durch seine Einschränkung bzw. den Entfall von Unterhaltsleistungen für Kinder erfolgen. Das Regierungsprogramm folgt hier merkbar den Vorschlägen extremer »Väterrechtgruppen«. Neben der Forcierung der »Doppelresidenz«, also einem Modell, in dem das Kind zur Hälfte bei Vater und Mutter lebt und eine Unterhaltspflicht entfällt, soll offenbar auch die Begünstigung von Unterhaltsberechtigten bei der Gehaltsexekution entfallen.

10. Das Frauenkapitel besticht durch seine aufrichtige Kürze. Der Kampf gegen Altersarmut von Frauen fokussiert sich auf verbesserte Informationen über das Pensionssplitting, der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen beschränkt sich auf die Aufrechterhaltung bestehender Einrichtungen. Gewalt gegen Frauen ist der Regierung v. a. dann ein Thema, wenn es sich für die Kampagnisierung gegen »Islam« und Flüchtlinge instrumentalisieren lässt. Die Zusagen zur Verbesserung von Betreuungsleistungen sind vage und in Hinblick auf das oberösterreichische Beispiel, wo Schwarz-Blau den Gratiskindergarten gerade abschafft, wohl nicht einmal als Absichtserklärung ernst zu nehmen.

II. DIE NEBELWAND ZUR TARNUNG DES SOZIALABBAUS

Die Regierung hat ganz nach dem Vorbild des Wahlkampfes offenbar vor, ihre gegen eine breite Mehrheit der Bevölkerung gerichteten Maßnahmen durch großangelegte Ablenkungsmanöver in Form von »Identitätsdebatten« und der Su-

che nach Sündenböcken fortzusetzen. Dabei setzt sie auf die bewährten Evergreens aus dem Wahlkampf und stellt einmal mehr unter Beweis, dass der Bösartigkeit keine Grenzen gesetzt sind und die Strategie, durch Verschärfungen des Fremdenrechts der rechten Hetze »Wind aus den Segeln zu nehmen« zum Scheitern verurteilt sind.

11. Die Bundesregierung kündigt eine »Neukodifizierung des Asylgesetzes« an und plant eine Reihe besonders menschenfeindlicher und bösartiger Maßnahmen, die sachpolitisch völlig widersinnig sind und nur auf das Schüren von Ressentiments ausgerichtet sind. Dazu zählt neben der Beschlagnehmung aller finanziellen Mittel zur Deckung der während des Asylverfahrens anfallenden Kosten, der Verkürzung von Rechtsmittelfristen und der Streichung der Möglichkeit einer ao. Revision an den VwGH insbesondere auch die geplante Ghettoisierung der AsylwerberInnen. Die Unterbringung von AsylwerberInnen in Privatquartieren soll gestoppt und stattdessen große Sammelquartiere geschaffen werden. Kinder sollen diese Einrichtungen nicht verlassen, um im Regelschulsystem mit besonderer Sprachförderung integriert zu werden, sondern sollen in euphemistisch »Brückenklassen« genannten Einrichtungen in diesen Sammelquartieren unterrichtet werden. Die bewusste Provozierung von Konflikten zwischen untergebrachten Flüchtlingen untereinander, aber auch mit AnwohnerInnen rund um die von Schwarz-Blau geplanten Großquartiere, dient wohl ausschließlich dem Zweck sozialen Unfriedens zu stiften, um neuen Stoff für ausländerfeindliche Medienkampagnen zu schaffen.

12. Im Fremdenrecht wird zwar ebenfalls eine Neukodifizierung und eine »gesamtstaatliche Migrationsstrategie« angekündigt und finden sich auch die im Wahlkampf laufend wiederholten Forderungen wie »Betreuungsstätten für Flüchtlinge in ihren Herkunftsregionen« und die euphemistisch genannten »Rescue Centers« außerhalb der EU und der »EU-Außengrenzenschutz«. Auch der Regierung scheint jedoch klar zu sein, dass diese Maßnahmen, unabhängig von inhaltlichen Einwänden, national undurchführbar sind. Daher plant die Regierung weitere Schikanen beim Staatsbürgerschaftsrecht, um Staatsbürgerschaften erst nach bis zu 30 Jahren (!) zu verleihen. Während die Regierung alles tut, um Asylsuchende und in Österreich lebende Drittstaatsangehörige zu schikanieren, will sie die »Rot-Weiß-Rot-Karte an den Bedürfnissen der heimischen Wirtschaft« orientieren. Offenbar sollen bei der Prüfung des Arbeitskräftebedarfs die Liste der »Mangelberufe« erweitert und die Einkommensgrenzen gesenkt werden.

Damit soll es Unternehmen offenbar leichter gemacht werden, Arbeitskräfte ins Land zu holen, um den branchenweisen Druck, Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern (z.B. im Tourismus), abzuwehren.

III. DER UMBAU DES STAATES

13. In der medialen Wahrnehmung wurden die Pläne zum »Ausbau der direkten Demokratie« ins Ungewisse verschoben. Das stimmt nur zum Teil. Richtig ist, dass Schwarz-Blau alles tun, um in für sie heiklen Materien nicht an das eigene Versprechen der Ausweitung direktdemokratischer Elemente gebunden zu sein. So verzichtet die FPÖ auf die von ihr versprochene CETA-Volksabstimmung und soll wohl auch verhindert werden, dass durch ein weiteres Volksbegehren eine Volksabstimmung erzwungen wird. In einem ersten Schritt sollen 100.000 Unterschriften bei einem Volksbegehren zwar genügen, um den Antragstellern Rederecht im Nationalrat zu bringen und eine detailliertere Auseinandersetzung im Nationalrat zu erzwingen, aber sollen keine weiteren Schritte folgen müssen.

Aufgeschoben ist in diesem Fall aber tatsächlich nicht aufgehoben. Am Ende der Legislaturperiode soll das neue Konzept umgesetzt werden. Mit 900.000 Unterschriften bei einem Volksbegehren soll eine Volksabstimmung erzwungen werden können. Und Schwarz-Blau baut hier schon für die nächste Wahlkampagne vor: Scheitert das Konzept an der notwendigen 2/3-Mehrheit, soll eine Volksbefragung zu diesem Thema offenbar den Wahlkampfauftakt 2022 bilden. Die Schwächung demokratisch-parlamentarischer Prozesse durch Einführung plebiszitärer Elemente bleibt problematischer Teil der Regierungspläne zum Umbau unserer Verfassung.

14. Bemerkenswert ist, wie konkret die Pläne der Bundesregierung hinsichtlich der Polizei sind: 2.000 Ausbildungsplätze, 2.100 Planstellen, Stärkung des Schutzes der Persönlichkeitsrechte für die Bediensteten, eigenes Dienst- und Besoldungsrecht, eine Immobilien- und Ausrüstungsoffensive soll dem neuen blauen Innenminister offenbar die Loyalität der Sicherheitsorgane sichern. Was von diesen Versprechen wahr wird, hängt wohl neuerlich an der realen Budgetpolitik, es ist aber unverkennbar, dass die Regierung die Sicherheitsorgane mit einer besonderen Sorgfalt behandelt, die sie bei anderen, ebenso verdienst- und gefährvollen Tätigkeiten nicht an den Tag legt.

15. Umgekehrt trifft die Regierung Vorbereitungen, um Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten von Gewerkschaft-

ten und Arbeiterkammern zurückzudrängen. Mit der Neustrukturierung der Sozialversicherungen greift sie direkt in die Selbstverwaltung ein. Mit dem Entzug der Prüfkompetenz der Gebietskrankenkassen hinsichtlich des Bestehens von Dienstverhältnissen und der Abführung von Beiträgen zugunsten der Finanzbehörden schränkt sie auch die den selbstverwalteten Körperschaften übertragenen Verwaltungskompetenzen massiv ein. Der Angriff auf die Arbeiterkammern ist nur taktisch vertagt, nicht aufgehoben. Bis Juni 2018 sollen die Kammern Vorschläge zur »Effizienzsteigerungen« machen und wird die Regierung, falls diese ihr nicht genügen, eigene Maßnahmen beschließen. Das Ziel ist klar: Die Arbeiterkammern sollen unter Druck gesetzt werden, selbst bei ihren für die Mitglieder erbrachten Leistungen zu kürzen und behält sich die Regierung vor, diese Kürzungen dann weiter zu verstärken. Die existenzgefährdende Schwächung der Arbeiterkammern ist nur durch einen taktischen Zwischenschritt verzögert, sie bleibt weiter eine der drängendsten Gefahren für die Interessenswahrung der ArbeitnehmerInnen in Österreich.

16. Medienpolitisch nimmt die Regierung unter dem Schlagwort der »Entbürokratisierung« durch den Entfall von Veröffentlichungspflichten in der Wiener Zeitung jedenfalls in Kauf, dieses Medium im Eigentum der Republik finanziell zu schwächen. Ein Verkauf eines einzelnen ORF-Senders wird zwar ausgeschlossen, ein neues ORF-Gesetz wird der Regierung allerdings die Gelegenheit bieten, die Strukturen und Postenbesetzungen nach den Vorstellungen der neuen Regierungskoalition umzugestalten.

17. Mit der Einführung der »Schuldenbremse in der Verfassung« will die Regierung, mit der angenommenen Unterstützung der NEOS, eine Bestimmung schaffen, die weit über diese Legislaturperiode hinaus, die Handlungsspielräume des Parlaments einschränkt. Das »Vorbild« Deutschland zeigt die zukunftsgefährdende Wirkung solcher Schuldenbremsen. Trotz historischer Tiefstände im Zinsniveau können v.a. die finanzschwachen Kommunen, aber auch die Länder keine Investitionen vornehmen, um die öffentliche Infrastruktur, von Internetverbindungen, Eisenbahn und Straße bis hin zu Schulen, Kindergärten und Schwimmbäder zu erhalten und zu erneuern. Diese demokratiepolitisch bedenkliche Selbstfesselung ist in Wahrheit ein Raub am Wohlstand künftiger Generationen. Auch mit einer »Staatszielbestimmung Wirtschaftsstandort« soll die »Wettbewerbsfähigkeit« des Staates, mit der Sozial- und Umweltstandards abzuwägen sind, Verfassungsrang erlangen. 



Şahin Kaygun, Nude, 1983, Polaroid Type 600 High Speed, übermalt
© Burçak Kaygun, Courtesy Fotosammlung OstLicht





Barbara Crane
Private Views
1981
Polaroid 4x5 Polacolor Type 58
© Barbara Crane, Courtesy
Fotosammlung OstLicht

Schwächung von Gewerkschaften

Vor rund anderthalb Jahren haben Wolfgang Greif und Sandra Breitender analysiert, wie im Zuge vermeintlicher »Krisenlöschungspolitik« die Rechte von Gewerkschaften europaweit empfindlich eingeschränkt wurde. Die im aktuellen Regierungsprogramm enthaltenen Ankündigungen zum 12-Stunden-Tag gehen in eine ähnliche Richtung: Gewerkschaften und ihre Gestaltungsmöglichkeiten sollen zugunsten dezentralisierter betrieblicher oder gar individueller Regelungen geschwächt werden. Doch diese Politik, die nun auch in Österreich Platz zu greifen droht, stellt Kernelemente des demokratischen Grundgerüsts in Europa zur Disposition. Ein vergleichender Blick zeigt auf, warum das gerade für ArbeitnehmerInnen verheerende Folgen haben kann.

In der EU wurde 2011 im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung das Europäische Semester eingeführt und dabei v. a. die Einhaltung strikter Stabilitätskriterien (neuerdings die des Fiskalpaktes) eingemahnt. Dabei werden nationale Wirtschafts- und Haushaltsdaten von der EU-Kommission überprüft und länderspezifische Empfehlungen sowie konkrete Reformvorschläge ausgesprochen, die zumeist auf neoliberale Strukturreformen hinauslaufen. In den letzten Jahren wurden dabei stets auch die Dezentralisierung der Lohn- und Gehaltsfindung sowie eine Senkung der Mindestlöhne gefordert. Bislang noch in Form nicht bindender Vorgaben. In großen Teilen der EU-Eliten wird das bereits seit Jahren als Mangel gesehen, den es zu beseitigen gilt. In diese Richtung weisen auch einschlägige Vorschläge zur Etablierung »nationaler Wettbewerbsfähigkeitsräte« im 2015 präsentierten 5-Präsidenten-Bericht zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion.

Abbau von Gewerkschaftsrechten versteckter Fixpunkt europäischer Politikempfehlungen

In welche Richtung der Mainstream dieser Politikempfehlungen in Bezug auf Lohnfindungssysteme geht, zeigte sich bereits 2012 in Veröffentlichungen der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, in welchen ein »beschäftigungsförderndes« Bündel an Maßnahmen empfohlen wird, das u. a. auch mit folgenden »tarifpolitischen Giftzähnen« bestückt waren:

- Senkung gesetzlicher und kollektivvertraglich festgelegter Mindestlöhne

- Reduzierung der Kollektivvertragsbindung
- Einschränkung der Allgemeinverbindlichkeit von Kollektivverträgen
- Dezentralisierung der Verhandlungsebenen bei der Lohnfindung
- Abschaffung automatischer Lohnindexierungen
- Schwächung der Regelungen zur Günstigkeit übergeordneter Vertragsebenen
- Erweiterung der Möglichkeit zur betrieblichen Abweichung von Flächenkollektivverträgen
- Reduzierung rechtlicher Unterstützung gewerkschaftlicher Lohnsetzungsmacht

In Summe zielen diese Empfehlungen der EU-Kommission auf eine radikale Dezentralisierung der Lohn- und Gehaltsfindung, die ohne substantielle Schwächung gewerkschaftlicher Macht nicht gelingen kann. Kaum verwunderlich, dass in den folgenden Jahren immer mehr Regierungen, die in ihrer vermeintlichen Konkurrenz als Wettbewerbsstaaten die Senkung des nationalen Lohnniveaus anstrebten, über Europa verteilt – in durchaus unterschiedlicher nationaler Umsetzung – Anleihen an dieser »Menüliste« zum Raubbau gewerkschaftlicher Gestaltungsmacht genommen haben.

Es ist bemerkenswert, dass ausgerechnet auf diesem Gebiet die neue österreichische Bundesregierung mit ihren Vorschlägen zum 12-Studentag dem Trend der europäischen Politik, die sie sonst medial kritisiert, zu folgen scheint.

Südeuropa: Dezentralisierung der Lohnfindung durch Troika/EZB

Für die Auszahlung von Finanzmitteln mussten Griechenland und Portugal in den mit der Troika abgeschlossenen »Memoranda of Understanding« auch weitreichende Reformen der Tarifsysteme fixieren. Auch Spanien und Portugal mussten für Finanzhilfen an die Banken vertragliche Verpflichtungen inklusive Eingriffen in die Lohnfindung eingehen. Für Italien gab es informelle Formen der Einflussnahme. So knüpfte die EZB den Ankauf von Staatsanleihen an Reformen, die auch die Dezentralisierung der Lohnfindung vorsahen.

Im Wesentlichen fokussiert das Troika-Regime hinsichtlich der Tarifsysteme auf dreierlei:

1. Vorrang von Unternehmensverträgen vor sektoralen Verhandlungen, was der Aushebelung von Branchenverträgen Vorschub leistet (u. a. durch Abschaffung von Günstigkeitsregelungen); 2. Abbau der rechtlichen Stützung zur Robustheit von Kollektivverträgen (wie Allgemeinverbindlichkeit und Nachwirkungen); 3. Legitimierung gewerkschaftlich nichtorganisierter Gruppen/Personen zum Abschluss von Vereinbarungen auf Unternehmensebene. (s. Tabelle 1)

Für die traditionell streikfreudigen Gewerkschaften im Süden Europas brachte dieser »tarifpolitische Krisenmodus« insgesamt tiefe Einschnitte in ihren Handlungsspielraum. Historisch hatten sich hier starke sektorale Kollektivvertragssysteme etabliert, die zu einer Abdeckung von bis zu 80-90% führten. Zwar blieb in den Troika-Ländern das Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen formell erhalten, deren Wirkung wurde durch gesetzliche Regelungen jedoch weitreichend unterlaufen. Innerhalb von nur fünf Jahren erlebten wir eine radikale tarifpolitische Dezentralisierung, manche KommentatorInnen sprechen geradezu von einer De-Kollektivierung der Lohnpolitik.

Die Aushebelung bestehender Kollektivvertragsrechte ist nicht singular zu betrachten. Im Paket der Troika kam es auch zu massiven arbeitsrechtlichen Verschlechterungen sowie Angriffen auf soziale Ansprüche (Arbeitslosigkeit, Pensionen, Krankenversicherungen usw.) und (wie insb. in Spanien) auch zu Angriffen auf bürgerliche Freiheiten wie das Streik- und Demonstrationsrecht, was sich wiederum v.a. auch auf Gewerkschaften auswirkt, indem Streikende mit Gefängnisstrafen bedroht wurden. (s. Tabelle 2)

Das Baltikum: »Krisenbewältigung« durch radikalen Austeritätsskurs

Die baltischen Länder Litauen, Lettland und Estland wurden schon 2008–2009 hart von der Krise getroffen. Der bereits geringe Organisationsgrad der Gewerkschaften, die bestehende fragile tarifpolitische Basis und die folglich traditionell schwache tarifpolitische Abdeckung machten weitere rechtliche Einschränkungen kaum mehr notwendig. Umso rascher gelang es im Zuge scharfer Austeritätsmaßnahmen empfindliche Lohnkürzungen und Einschnitte in die Sozialsysteme durchzusetzen, auch über gesetzliche Eingriffe zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, wie auch zur Erleichterungen bei Entlassungen. Massiver Jobabbau (v.a. in der Industrie) führte zu weiterer Schwächung gewerkschaftlicher Organisationsmacht, was den Widerstand gegen den austeritätsgetriebenen Sozialabbau nachhaltig zum Erliegen brachte.

Mittel- und Osteuropa: Fortgesetzter tarifpolitischer Kahlschlag durch rechts-konservative/liberale Regierungen

Auch in Rumänien führte die Krisenpolitik der Regierung (ganz ohne Troika-Regime) zu einem nahezu vollkommenen Zusammenbruch des bestehenden Lohnfindungssystems. 2011 wurde der sogenannte »Soziale-Dialog-Akt« erlassen, der den nationalen Kollektivvertrag als fixen Bezugspunkt für sektorale Abkommen abschaffte und alle gültigen Branchenverträge binnen Jahresfrist auslaufen ließ. Neue Tarifverträge mussten in völlig neu zusammengesetzten Industriebranchen verhandelt werden, wobei die Reichweite der Verträge massiv eingeschränkt wurde, da sie nur mehr für jene Unternehmen gelten sollen, die der unterzeichnenden Unternehmensvereinigung angehören. Branchenverträge sind in der Folge dann auch massiv zurückgegangen. Während vor der Krise in 20 von 32 Branchen Kollektivverträge existierten, gibt es diese inzwischen nur noch in zwei.

Dem nicht genug: Auch die Kriterien zur gewerkschaftlichen Vertretung im Unternehmen wurden verschärft. Um Verhandlungen führen zu können, muss eine Gewerkschaft mindestens 50% der Beschäftigten vertreten. Versuche der 2012 in Rumänien gewählten Mitte-Links-Regierung, den »Sozialen-Dialog-Akt« wieder zu entschärfen, scheiterten am Druck von EU-Kommission und IWF. Auch in der Slowakei kam es im Zuge neoliberaler Krisenbereinigung im Jahr 2011 nach Wahl einer rechts-konservativen Regierung zum Angriff auf wesentliche Rahmenbedingungen gewerk-

schafflicher Politik: Um als Gewerkschaft im Betrieb das Verhandlungsmandat für alle Beschäftigten zu haben, mussten die Betriebsgewerkschaften dem Dienstgeber eine gewerkschaftliche Organisation von 30% ausweisen. Dazu erhielten auch Betriebsräte die Kompetenz, Vereinbarungen über Arbeitsbedingungen und Entlohnung abschließen zu dürfen. Obgleich diese Verschlechterungen nach den nächsten Wahlen von der den Gewerkschaften nahestehenden SMER-Regierung unter Robert Fico größtenteils wieder rückgängig gemacht wurden, sollte dies ihren Teil zum nachhaltigen Rückgang der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung im Land beitragen. Es ist kaum davon auszugehen, dass es unter der sich aktuell abzeichnenden Koalition mit liberalen und nationalen Kräften zu einer substantiellen rechtlichen Verbesserung kommen wird.

Auch in Ungarn wurde der soziale Dialog in der bisherigen Form abgeschafft: Stattdessen wurde ein Wirtschafts- und Sozialrat geschaffen, in dem zahlreiche weitere Akteure wie Unternehmerkammern, Kirchen und NGOs teilnehmen und es keine Verhandlungspflicht gibt. Die Gewerkschaften werden weitgehend aus Verhandlungen ausgeschlossen, das Streikrecht massiv eingeschränkt und Streikende kriminalisiert. Ebenso wurden Arbeitsverhältnisse liberalisiert und flexibilisiert und massive Einschnitte in die Sozialgesetzgebung durchgeführt. Auch andere Länder Mittel- und Osteuropas nehmen sich von diesem Trend nicht aus: Kroatien (Einschränkungen bei Geltung von Kollektivverträgen und Streikrechten), Polen (Beschränkung bei Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht), Tschechische Republik (Einschränkungen bei Aufsichtsratsmitbestimmung).

Westeuropa: Angriffe auf Gewerkschaftsrechte

»aus dem Hinterhalt«

In Großbritannien wurden die Gewerkschaften 2016 mit den härtesten Angriffen seit der Thatcher-Regierung konfrontiert. Mit der sogenannten Trade-Union-Bill sollte das Streikrecht weiter massiv beschränkt und die Gewerkschaften geschwächt werden. Obwohl die Zahl der Streiktage in Großbritannien auf ein historisch niedriges Maß zurückgegangen ist, sollten das Quorum für Urabstimmungen angehoben, Streikposten polizeilich genannt und der »Schutz von StreikbrecherInnen« ausgebaut werden. Dazu passt die Legalisierung, LeiharbeiterInnen als StreikbrecherInnen einzusetzen. Offensichtlich wollte die nun wieder alleine regierende Tory-Administration den Gewerkschaften dort, wo sie noch Organisationsstärke besitzen, einen schwer zu verdauenden Tiefschlag versetzen. Unschwer auszurechnen, mit welchem weiteren Abbau sozialer

Rechte vor diesem Hintergrund im ohnehin arbeitsrechtlich flexibilisierten Großbritannien in Zukunft zu rechnen gewesen wäre. Auch wenn die Pläne auf Druck der Gewerkschaften nicht im vollen Ausmaß umgesetzt wurden, lässt der Gesetz gewordene Trade Union Act unschwer erkennen, warum viele Gewerkschaften auf einen klaren Politikwechsel unter einer Labour-Regierung setzen.

In Belgien plante die 2014 neu gewählte rechtsnational-liberale Regierung, die Streikbewegung gegen die unsoziale Kürzungspolitik durch Eingriffe in das bislang robuste Tarif- und Streikrecht zu brechen. So sollten bislang geübte Aktionsformen (etwa auch Straßenblockaden) verunmöglicht und wesentliche Grundlagen der Kollektivvertragspolitik, v.a. die automatische Inflationsanpassung der Löhne (als essentielle Ausgangslage für die Verhandlungen), ausgesetzt werden. Auch in Finnland stehen schmerzhaft Kürzungen durch die konservative Regierung an. Gewerkschaften kämpfen zeitgleich an mehreren Fronten um ihr Recht, weiterhin Akteur bei der kollektiven Aushandlung der Arbeitsbedingungen zu sein. Bisherige vertraglich ausgehandelte Leistungen wie etwa Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Wochenendarbeit sowie Krankengeld sollen künftig per Gesetz gekürzt werden. Ebenso sollen zwei Feiertage abgeschafft werden und die Arbeitszeit nicht mehr Teil der Verhandlungen sein – ein fundamentaler Angriff auf die bewährte Autonomie der Sozialpartner.

Diese Treibjagd auf die Macht der Gewerkschaften muss gestoppt werden

Flankiert durch Politikempfehlungen der EU-Kommission werden Änderungen der Arbeitsbeziehungen angestrengt, die darauf gerichtet sind, die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften empfindlich einzuschränken. Gewerkschaften werden in ihrer Struktur und ihrer institutionellen Basis angegriffen. Das spiegelt sich v.a. auch in der dramatisch gesunkenen tariflichen Abdeckung der Beschäftigten seit 2008. Der Abbau von Gewerkschaftsrechten steht nie alleine, er geht meist mit dem Abbau von Arbeitsrechten, sozialen Ansprüchen und bürgerlichen Freiheiten einher. Offensichtlich verträgt sich die radikale Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung, die mit der neoliberalen Rosskur in vielen Teilen Europas einhergeht, nicht mit den Rechten der Beschäftigten, die die Gewerkschaften bislang errungen haben. Die neoliberale Ideologie hat sich jedenfalls soweit durchgesetzt, dass Gewerkschaften in weiten Kreisen der herrschenden Eliten als Hemmnis des Aufschwungs und als hinderlich für die

Krisenbewältigung gesehen werden. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wird offensichtlich dazu genutzt, all das an Strukturreformen durchzusetzen, was jahrzehntelang von wirtschaftsliberalen Kreisen zwar gewünscht, unter ‚normalen‘ Verhältnissen jedoch nicht durchsetzbar war.

Diese Treibjagd auf die Gegenmacht und die Gestaltungskraft der Gewerkschaften muss entschieden gestoppt werden. Nur so kann einer weiteren Erosion sozialstaatlicher Standards in Europa der Riegel vorgeschoben werden. Andernfalls droht der europäische Kontinent in völlig neuem Gewand aus der Krise hervorzugehen, in dem die Koordinaten des gesellschaftlichen Interessenausgleichs wesentlich zu Ungunsten der Beschäftigten verschoben sein werden. Es geht in diesem Sinn für die Gewerkschaften in Europa ganz prinzipiell um den Erhalt und die Entwicklungsperspektiven sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Substanz. Der Europäische Gewerkschaftsbund thematisiert mit seiner neuen Kampagne: »Gewerkschaftsrechte sind Menschenrechte« den Abbau dieser Rechte in ganz Europa. Bisher sind Gewerkschaften in den einzelnen Ländern den Angriffen allein ausgesetzt gewesen. Es geht nun darum, gemeinsam die Abwehr aufzubauen und für mehr demokratische Rechte zu kämpfen.

Auch die Sozialdemokratie beim Ringen um Gewerkschaftsrechte gefordert

Leider macht die fatale Logik der Arbeitsmarktflexibilisierungen und Lohnsenkungen verbunden mit der Einschränkung der kollektiven Gestaltungsmacht der betroffenen ArbeitnehmerInnen auch in mehreren europäischen Ländern nicht vor sozialdemokratischen Regierungen halt. Zuletzt zu beobachten in Italien, wo die letztjährige Arbeitsmarktreform unter Matteo Renzi zu einer empfindlichen Aufweichung des Kündigungsschutzes, wie auch zu Einschränkungen bei Streiks geführt hat.

Auch die aktuelle – von großen Jugend- und Studierendenprotesten begleitete – Arbeitsmarktreformen des französischen Präsidenten François Hollande und seines Nachfolgers Emmanuel Macron macht mehr als deutlich, dass die Thematisierung der Bedeutung von Gewerkschaftsrechten wie auch der Notwendigkeit ihrer Absicherung auch innerhalb der europäischen Sozialdemokratie zentral ist. Es liegt vor allem auch an der Sozialdemokratie der neoliberalen Krisenpolitik mit alternativen Lösungsvorschlägen entgegenzutreten, die nicht auf Austeritätspolitik und Demokratieabbau aufbauen, was sich europaweit als wesentlicher Nährboden für

Nationalismus, Rechtsextremismus und Rassismus erweist. Um diese abzuwehren, braucht es starke Gewerkschaften, die durch ihre volle Handlungsfähigkeit die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen nachhaltig verbessern. Das war stets ein zentraler Fixpunkt sozialdemokratischer Politik. Das darf gerade jetzt in der wohl schwersten wirtschaftlichen, zunehmend jedoch auch politischen Krise des Kontinents seit acht Jahrzehnten nicht ins Abseits geraten. Hier sind Herz und Hirn sozialdemokratischer Politik in ganz Europa gefordert.

Und was hat der 12-Stunden-Tag damit zu tun?

Auch die Vorschläge der neuen Bundesregierung zur Ausweitung eines 12-Stunden-Arbeitstages folgen in wesentlichen Punkten der Logik der Schwächung zentraler, gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht. Schon bisher bestanden Ausnahmeregelungen, die unter bestimmten Voraussetzungen zur Anwendung kommen konnten. Die wesentliche Veränderung besteht in der beabsichtigten Stärkung der betrieblichen Verhandlungsebene oder gar des Entfalls kollektiver Regelungen zugunsten individueller Vereinbarungen in einem wesentlichen Schutzbereich wie dem Arbeitszeitrecht. Das könnte auch einen Versuchsballon zu weitergehenden Einschränkungen kollektivvertraglicher Regelungen durch Betriebs- und Einzelvereinbarungen in anderen Bereichen darstellen. Es ist aber genau diese Schwächung kollektiver, branchenweiter Regelungen, die dem Unterlaufen sozialer Standards Tür und Tor öffnet und die Schwächung von Gewerkschaften mit der Schwächung von ArbeitnehmerInnenrechten Hand in Hand gehen lässt.



SANDRA BREITENEDER

ist Bundesfrauensekretärin der GPA-djp.

WOLFGANG GREIF

ist Leiter der Abteilung Europa, Konzerne und Internationales der GPA-djp.

Dieser Beitrag ist die redaktionell bearbeitete Fassung eines im Frühjahr 2016 entstandenen Textes.

QUELLEN

Bsirske, F.; Busch, K. et al (Hrsg.) (2016): Gewerkschaften in der Eurokrise. VSA: Hamburg | **Europäische Kommission** (2012): Labour Market Developments in Europe.Brüssel: European Economy, No.5 | **Girndt, R.** (2013): Ungarns Gewerkschaftslandschaft in Bewegung: der Versuch einer Konzentration der Kräfte. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung | **Greif W./Röpke O.** (2014): Herausforderungen & Handlungsoptionen der Gewerkschaften in Europa vor dem Hintergrund der sozia-

len und politischen Folgen der Krise. Linz: WISO 1/2014, S. 96ff.: <http://www.iswlinz.at/wiso-schwerpunktausgabe-1-2014-debatten-um-ein-solidarisches-europa> | **Hermann Ch., Hinrichs K., Brosig M.** (2012): Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick. Wien: FORBA-Studie im Auftrag der AK Wien | **Meardi, G.** (2012): Employment relations under external pressure: Italian and Spanish reforms in 2010-2012. Paper presented at the International Labour Process Conference, Stockholm, March 27-29 | **Schömann I./Clauwaert St.** (2012), The crisis and national labour law reforms: a mapping exercise. Brussels: ETUI

Working Paper 2012.04 (incl. country reports): <https://www.etui.org/Publications2/Working-Papers/The-crisis-and-national-labour-law-reforms-a-mapping-exercise> | **Schulten, T./Müller T.** (2014): Entgelte und Tarifpolitik in Zeiten der europäischen Wirtschaftskrise. Düsseldorf/Brüssel: ETUI/Industrial Bericht: <http://www.etui.org/Publications2/Reports/Wages-and-collective-bargaining-during-the-European-economic-crisis> | **Wintour, T.** (2015): Biggest crackdown on trade unions for 30 years launched by Conservatives. in »The Guardian«: <http://www.theguardian.com/politics/2015/jul/15/trade-unions-conservative-offensive-decades-strikes-labour>

Tabelle 1

Maßnahmen	Länder
Vereinfachung der Möglichkeiten, durch Unternehmensverträge von sektoralen KVs od. gesetzlichen Bestimmungen abzuweichen	Griechenland, Italien, Portugal, Spanien
Allgemeiner Vorrang für Unternehmenskollektivverträge	Griechenland, Spanien
Abschaffung des Günstigkeitsprinzips	Griechenland, Portugal
Strengere Kriterien zur Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von KVs	Griechenland, Spanien
Einschränkung der Nachwirkung abgelaufener Kollektivverträge	Griechenland, Portugal, Spanien
Möglichkeiten zum Abschluss von Unternehmens-KVs durch gewerkschaftlich nicht-organisierte Gruppen von ArbeitnehmerInnen	Griechenland, Portugal, Spanien

Quelle: Schulten und Müller (2013)

Tabelle 2

z.B. Neuabschlüsse in GR	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Sektorale Vereinbarungen	202	103	91	55	31	14
Unternehmensvereinbarungen	462	347	352	241	978 *)	408

Quelle: Schulten und Müller (2013)



James Nitsch, Razor Blade, 1976, Polaroid SX-70 Montage mit Rasierklinge
© James Nitsch, Courtesy Fotosammlung OstLicht

Welche Perspektiven für eine neue linke Strategie?

Ulrich Brand kommentiert die politische Lage in Deutschland und trifft vor dem Hintergrund der zuletzt im Feuilleton geführten Debatte über die Sinnkrise der Linken einige Ableitungen für ein neues politisches Projekt der linken Kräfte in Europa.

Nach dem Scheitern der Sondierungen für eine sogenannte Jamaika-Koalition soll nun offensichtlich die SPD mit dem Verweis auf Staatsraison und Verantwortung buchstäblich in eine Große Koalition hineingeprügelt werden. Nichts ist gefährlicher als das. Was es perspektivisch braucht, ist eine progressive Alternative, um drängende Zukunftsfragen anzugehen: Umgang mit Einwanderung und angemessene Integrationspolitik statt Ausgrenzung, die Vermeidung kommender Krisen durch den weiterhin dominanten Finanzmarktkapitalismus. Es steht der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft an, inklusive des Rückbaus der Automobilindustrie; gute Arbeit für alle statt Prekarisierung vieler; die umsichtige politische Gestaltung der Digitalisierung anstatt dass sie von Konzernen vorangetrieben wird. Ein politisches Bündnis ist notwendig, das nicht wie Merkel und Schäuble auf die weitere Spaltung Europas setzt, sondern auf eine politisch und wirtschaftlich attraktive Union.

VON DEN VERSPIELTEN CHANCEN ZU EINER NEUEN PERSPEKTIVE

Nach der Bundestagswahl 2013 bestand rechnerisch eine linke Mehrheit, doch es gab nicht ausreichend Vertrauen zwischen den handelnden Akteuren. Solches Vertrauen bildet sich heraus im respektvollen Streit, in gemeinsamen Erfahrungen, in programmatischen und politischen Umorientierungen, um die Probleme wirklich anzugehen. Auch das politische Personal ist wichtig; der von den Medien zum möglichen neuen SPD-Chef hochgeschriebene Olaf Scholz wäre, wie auch Martin Schulz, sicherlich kein Förderer von Rot-Rot-Grün. Es muss aber vor allem über Inhalte gesprochen werden. Und da sind Gemeinsamkeiten bereits vorhanden – oder zumindest denkbar. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik war eines der interessantesten Momente im vergangenen Wahlkampf, dass Schulz in den Umfragen zu Merkel aufschloss, als er die

Hartz-Reformen als Fehler der Schröder-SPD kritisierte und das Thema der Gerechtigkeit ins Zentrum stellte. Als er dann inhaltlich nicht konkret wurde, fiel er wieder zurück und fuhr letztlich ein desaströses Ergebnis ein. Doch das Signal bleibt: Die SPD hat nur eine Zukunft, wenn sie mit der Agenda 2010 bricht. Eine rot-rot-grüne Allianz wäre nicht nur eine Verbindung mit Machtperspektiven, sondern würde eine inhaltliche Erneuerung voraussetzen und gleichzeitig festigen.

Innenpolitisch könnte eine rot-rot-grüne Regierung gegen die weitere Beschneidung von Bürgerrechten, für den Ausbau öffentlicher Sicherheit und für die Wahrung der Rechte von Geflüchteten und Migranten eintreten. Thema Außenpolitik: Die Linkspartei ist gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr und möchte die NATO mittelfristig in ein kooperatives Sicherheitssystem umbauen unter Einbeziehung Russlands. Für ersteres wäre ein Kompromiss zu finden (auch SPD und Grüne hängen ja nicht unbedingt an den Einsätzen), letzteres sollte auch im Interesse der anderen Parteien liegen.

Und: Es ist offensichtlich, dass wir einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft benötigen – je länger wir warten, desto kostspieliger wird es. Die Grünen haben interessante Vorschläge zur Agrarwende oder Vertiefung der Energiewende, trauen sich jedoch nicht. Innerhalb von SPD und Linkspartei gibt es eigentlich auch gute Programme zu dieser Jahrhundertaufgabe.

Machen wir uns nichts vor: Gegen Rot-Rot-Grün steht teilweise das Personal der drei Parteien selbst, insbesondere der gut organisierte rechte »Seeheimer Kreis« der SPD. Dagegen stehen auch der liberale Kretschmann-Flügel der Grünen und die aktuellen Spannungen innerhalb der Linkspartei selbst. Doch Parteien sind ja keine homogenen Gebilde, son-

dern von Auseinandersetzungen durchzogen, müssen selbst attraktive Projekte entwickeln und Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen formulieren. Sonst zerfallen sie in Lager, blockieren sich und verlieren Wahlen.

Vor allem kämpfen mächtige Wirtschaftsakteure und Medien gegen eine starke Linke mit Regierungsoption an. Umso wichtiger ist, dass es breite gesellschaftliche Bündnisse gibt, die eine solche politische Konstellation ermöglichen und gegen Angriffe absichern. Einfach wird das nicht. Rot-Rot-Grün und ein gesellschaftlicher »Pol der Solidarität« wären aber die dringend notwendige Antwort auf die aktuell scheinbar einzige Alternative, die einerseits aus dem sich immer stärker globalisierenden und radikalierenden Neoliberalismus à la Merkel und Macron gebildet wird, andererseits aus einem offen autoritären, »national-sozialen«, illiberalen und ausgrenzenden Kapitalismus à la Trump und AfD.

Rot-Rot-Grün in Deutschland stünde hier nicht am Anfang eines Prozesses. Aber es wäre ein machtpolitischer Horizont, der die vertrackte Ideen- und Alternativlosigkeit der Linken überwinden könnte (siehe dazu Hans Rauscher im »Standard« vom 28. November). Es könnte ein Modell für Europa mit Ausstrahlung auf andere Länder sein.

Aktuell geht es in Deutschland wohl eher darum, die Bedingungen für ein künftiges gesellschaftliches und dann auch politisches rot-rot-grünes Projekt zu schaffen. Parteipolitische Annäherungen finden derzeit vor allem auf kommunaler und Landesebene statt. Trotz der politischen Rechtsentwicklung gibt es weiterhin eine aktive Zivilgesellschaft in Bereichen wie Armutsbekämpfung, Integration, Anti-Rassismus, solidarische Ökonomie oder Umweltpolitik. In Deutschland eine progressive Wende einzuleiten, ist eine viel umfassender Aufgabe als von drei Parteien – aber diese wären ein wichtiger Bestandteil.

Wahrscheinlich ist nun eine »GroKo«, die übrigens mit 53,4 Prozent der Stimmen und 399 von 709 Sitzen im Bundestag so groß gar nicht ist (im letzten Bundestag hatte schwarz-rot noch 67,7 Prozent der Stimmen und 504 von 631 Mandaten). Denkbar sind weiterhin eine schwarz-grüne Minderheitsregierung – aus meiner Sicht ist das noch nicht vom Tisch – oder Neuwahlen. Doch unabhängig davon: Ein progressives Projekt für die Zeit nach Merkel und ohne Union muss formuliert werden. Ein solches könnte eine gesellschaftliche Aufbruchsstimmung erzeugen, die wiederum für

eine rot-rot-grüne Option unabdingbar ist. Die Frage, wie Zukunft gestaltet werden soll, würde nicht nur rassistisch von Rechtsaußen beantwortet werden. Die breite Zustimmung für Jeremy Corbyn in Großbritannien und Bernie Sanders in den USA zeigen, dass die politische Rechtsentwicklung nicht zwangsläufig ist – wenn es denn nur glaubwürdige Alternativen gibt und handelnde Akteure, die sie umzusetzen wollen.

ANMERKUNGEN ZU EINER LINKEN PERSPEKTIVE

In welcher Weise müsste eine solche linke Alternative konzeptuell angegangen werden? Einige Aspekte wurden bereits genannt. Darüber hinaus müsste die Linke aus meiner Sicht eine positive Vision einer für alle Menschen attraktiven, das heißt lebbareren Produktions- und Lebensweise, die ein gutes und solidarisches Leben für alle ermöglicht und nicht die natürlichen Lebensgrundlagen und damit die Chancen künftiger Generationen gefährdet, ins Zentrum stellen. Diese Perspektive schließt eine Positionierung für soziale Gerechtigkeit, auch auf internationaler Ebene und mit internationalistischer Ausrichtung, mit ein, verengt diese aber nicht alleine auf Fragen der Umverteilung. Vielmehr dehnt sie soziale Gerechtigkeit auf die Frage der Art der Produktion, auf die Verfügung über Ressourcen und Eigentum sowie auf unsere auf Produktivismus und Konsumismus orientierte Lebensweise aus.

Sozial-ökologische Politik bedeutet, dass es nicht darum geht – gerade nicht in Zeiten der wachsenden sozialen Ungleichheiten –, die soziale Frage durch die ökologische Frage zu ersetzen, sondern sie sozial-ökologisch zusammenzudenken. So wichtig es ist, dass linke Initiativen, Bewegungen und Parteien das Thema der sozialen Ungleichheit und Gerechtigkeit wieder auf die Tagesordnung setzen, so wenig haben sie sich dabei um sozial-ökologische Fragen gekümmert. Vielmehr haben sie sich häufig dem dominanten Narrativ der ökologischen Modernisierung und der »grünen Ökonomie« (ich würde in kritischer Absicht eher von »grünem Kapitalismus« sprechen), der die ökologische Frage vermittels des Marktes zu lösen gedenkt, ergeben.

Eine Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft über die Nutzung von Elektroautos ändert an den grundlegenden sozialen Widersprüchen und ökologischen Verwerfungen nur wenig, wenn sie dabei nicht auch die Produktionsseite, die Kapitalgetriebenheit, die Profitlogik, den Ressourcenverbrauch und die Konsummuster anspricht. Verwerfungen, die oft in andere Länder und Regionen ausgelagert werden über den oft desaströsen Abbau von Rohstoffen. Erin-

nen wir uns an den November 2015, als die Rückhaltebecken von Schlamm aus Eisenerz-Abfällen brachen, über 30 Millionen Tonnen freisetzte und entlang von über 600 Kilometern Flüsse, Ökosysteme, landwirtschaftlichen Boden und die Lebensgrundlagen der dort lebenden Menschen zerstörten. Hunderttausende Menschen hatten zunächst kein Trinkwasser. Mindestens 100 Jahre werden die Giftstoffe dort bleiben (das Unternehmen bestritt zunächst ernsthaft, dass der Schlamm giftig sei). Deutschland importiert etwa 50 Prozent seines Eisenerzes aus Brasilien. Linke Politik muss sich mit diesem weltweit aufgreifenden schädlichen Produktions- und Konsummustern auseinandersetzen. Das geschieht zu wenig.

Das zeigt sich jüngst im Dieselskandal und den Debatten um den Verbrennungsmotor: Zukunftsweisende linke Konzepte, um umfassend die Konversion der Automobilindustrie anzugehen und die Rolle der Belegschaften darin sowie Fragen der Verfügung über ökonomische Macht und Eigentum in diesem werden kaum aufgeworfen, geschweige denn mit politischen Initiativen verbunden. Letztlich ist die »grüne Ökonomie« mit ihrem Versprechen von Arbeitsplätzen durch grüne Technologien auch für die engere Perspektive nur auf Umverteilung unangemessen: Wenn nämlich »der Markt« alles richten soll, dann eben immer nur für jene, die das Geld haben, am Markt zu agieren, sich entsprechende Güter und Dienstleistungen für den Lebensunterhalt zu kaufen oder zu mieten.

IMPERIALE LEBENSWEISE

»Grüne Wirtschaft« bzw. »grüner Kapitalismus« sind nichts anderes als eine Fortsetzung und Neuauflage der »imperialen Lebensweise«. Diese ist eine Produktions- und Lebensweise, die auf billige Arbeitskräfte und billige Ressourcen, vor allem aus anderen Teilen der Welt zurückgreift und deren Hegemonie in den reichen Ländern des globalen Nordens (und unter begüterten Schichten in den Ländern des globalen Südens) auf Wohlstand, Lebens- und Handlungsspielräumen für diejenigen mit einem höherem Einkommen beruht.

Die imperiale Lebensweise, wie sie in Europa gelebt wird, ist eine statusorientierte Lebensweise, die nicht nur die Umwelt zerstört, sondern auf sozialer Ungleichheit basiert und die soziale Ungleichheit verlängert. Die Mittelschichten grenzen sich gegen die unteren Schichten bewusst ab, indem sie zeigen, dass sie sich aufgrund ihres hohen Einkommens etwa ein Auto, viele Reisen und mehr Konsum anderer Güter und Dienstleistungen leisten können. Das führt dazu, dass Menschen mit weniger Geld umso mehr ausgeschlossen werden.

Die imperiale Lebensweise steht für den zunehmenden Zugriff des Kapitalismus auf die Lebensverhältnisse, ist mit globaler wie nationaler Ausbeutung und Ungleichheit verbunden, verschärft Ressourcenkonflikte und zerstört die Umwelt. Das ist allerdings den meisten nicht bewusst oder wird ignoriert. Die Verhältnisse werden also in gewisser Weise »normalisiert« und schreiben sich nicht nur in Politiken und Krisenlösungsstrategien, in Unternehmensstrategien, Konkurrenzverhältnisse und Produktionsketten ein, sondern auch in das Alltagshandeln.

Eine sozial-ökologische Perspektive setzt auf die Schaffung einer solidarischen Lebensweise. Sie möchte Lebens- und Handlungsspielräume nicht länger über den Markt regeln, sondern über neue Formen des Produzierens, Konsumierens und Zusammenlebens. Dafür gibt sehr viele Einsatzpunkte, etwa kann an die Proteste gegen TTIP oder die weitere Verbrennung von Kohle zur Stromerzeugung angeschlossen werden, oder auch an jene gegen den immer weiteren Ausbau von Flughäfen. Es geht dabei darum, Alternativen aufzuzeigen und offen zu halten. Umgekehrt gilt es, die Nischen, wie etwa die solidarische Landwirtschaft auszuweiten.

In der Arbeitszeitpolitik würde es darum gehen, nicht nur weniger zu arbeiten – und das in guten und auskömmlichen Verhältnissen –, sondern damit auch von der Orientierung an Wachstum, Produktivität und Effizienz sowie auch vom Konsumismus wegzukommen. Man könnte auch die Stadtentwicklung in Wien oder Graz nehmen, wo alles auf Wachstum getrimmt scheint, aber nicht unbedingt immer darauf, welche sozialen und ökologischen Wohn- und Lebensformen angemessen sind. Orientierungen an weniger, aber gemütlich und klug gestaltetem Wohnraum oder die Zurückdrängung der Automobilität zugunsten von qualitativ besserem öffentlichem Raum sind hier wichtige Bezugspunkte.

Bei allen Beharrungskräften und starken Interessen an der Erhaltung der imperialen Lebensweise, gibt es auch progressive gesellschaftliche Kräfte, etwa in NGOs und sozialen Bewegungen, in Teilen der Medien, der staatlichen Apparate und den kritischen Flügeln von politischen Parteien. Obwohl viele von uns in der imperialen Lebensweise verhaftet sind, gibt es bei vielen die Überzeugung, dass es so nicht weitergehen kann. Der Unmut mit der vorherrschenden Lebensweise könnte eine sozial-moralische Mehrheit erreichen, die sich eben in eine politische Mehrheit übersetzen müsste. Aspekte einer solidarischen Lebensweise zu formulieren, eröffnet eine

neue emanzipatorische Perspektive, die gesellschaftliche Narrative nachhaltig verändern kann und damit die Mehrheitsfähigkeit für linke Projekte wieder herzustellen in der Lage wäre.



ULRICH BRAND

ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und hat kürzlich gemeinsam mit Markus Wissen das Buch »Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus« im Oekom-Verlag veröffentlicht. Das Buch wurde in ZUKUNFT 07/08 2017 vorgestellt.





Big Shot
1971-73
© MIT Museum, Cambridge, MA

Frankreichs Polit-Erdbeben

Frankreichs Konservative haben sich mit der Wahl ihres neuen Parteichefs für eine inhaltliche Öffnung zum rechtsextremen Front National und eine Konfrontationshaltung gegenüber Präsident Macron entschieden. Der versucht seinerseits den Konservativen durch eine unternehmerfreundliche, wirtschaftsliberale Politik das Wasser abzugraben. Dadurch droht, solange die politische Linke nicht wieder auf die Beine kommt, ein Erstarken rechtsextremer Politik im traditionellen Gewand des Front National, aber auch durch die Übernahme von deren Inhalten und Strategien durch die Konservativen. Ludwig Dvořák gibt einen Überblick über die Erschütterungen des Parteiensystems Frankreichs.

Francia rechtskonservative Partei »Les Républicains« (LR) hat einen neuen Chef: Laurent Wauquiez. Der frühere Generalsekretär und Vizepräsident folgt seinem Vorbild Nicolas Sarkozy nach, der die Parteiführung als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2017 vor über einem Jahr niedergelegt hatte und seither nur provisorisch vertreten wurde. Wauquiez erhielt bei einer Wahlbeteiligung von 42% im ersten Wahlgang rund 75% der Stimmen der 235.000 Parteimitglieder.¹ Dieser Erdrutschsieg war allgemein erwartet worden, nachdem kein prominenter Gegenkandidat in den Ring gestiegen war. Er ist aber umso bemerkenswerter, als eine ganze Reihe prominenter, als gemäßigt geltender, LR-Führungspersonlichkeiten von Alain Juppé bis Xavier Bertrand gegen ihn Position bezogen hatten. Die Wahl des 42-jährigen wurde daher medial als deutlicher Rechtsruck gedeutet, zumal Wauquiez in seiner Kampagne große inhaltliche Nähe zum Front National gezeigt hatte.²

RECHSENTWICKLUNG DER REPUBLIKANER

Bertrand selbst nahm die Wahl Wauquiez zum Anlass, die Partei aus Protest zu verlassen.³ Schon einige Tage vor dessen absehbarem Sieg trat eine Gruppe konservativer Abgeordneter aus der Partei aus und gründete eine neue Formation »Agir« (»Handeln«).⁴ Dabei ist die von ihnen kritisierte »identitäre, ultra-konservative und autoritär-europaskeptische« Linie Wauquiez weniger neu und überraschend, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Ja, der neue LR-Parteichef fährt einen harten rechten Kurs: Er lamentiert über eine »zensierte Debatte«, über angebliche Tabus, »Themen wie die Nation,

die massive Einwanderung, die Identität, den Islamismus« zu sprechen.⁵ Er will Obergrenzen und Deckelungen für Sozialleistungen und spuckt ungewohnt europaskeptische Töne Richtung Osteuropa.⁶ Als Bürgermeister der Kleinstadt Puy-en-Velay weigerte er sich nach der in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Einführung der Homosexuellenehe, an Trauungen im Rathaus teilzunehmen⁷ und zeigte sich auch sonst solidarisch mit der rechtskatholischen Bewegung gegen die »Ehe für alle«.⁸

Aber völlig neu ist das alles nicht: Dass François Fillon die Vorwahl der Konservativen für die Nominierung als Präsidentschaftswahl klar für sich entschied, verdankte er nicht zuletzt der starken Unterstützung aus dem rechtskatholischen Lager, die er mit ultra-konservativen gesellschaftspolitischen Positionen dankte. Niemand geringerer als Nicolas Sarkozy sah es zwischen 2007 und 2012 als seine vornehmste Aufgabe, behauptete »Tabus« zu brechen, das Burkaverbot einzuführen und mit einem eigenen »Ministerium für nationale Identität« den »Franzosen den Stolz zurückzugeben, Franzosen zu sein«.⁹ Sarkozys Rechtskurs führte in vielen inhaltlichen Fragen zu zunehmender politischer Konvergenz zwischen den WählerInnen der Konservativen und des rechtsextremen Front National (FN).¹⁰ Nicht ganz unzutreffend bezeichnete der deutsche Spiegel Online Wauquiez daher auch als den »neuen Nicolas Sarkozy«.¹¹ Wahlbündnisse mit dem FN hat Wauquiez derzeit zwar ausgeschlossen, die inhaltliche Öffnung ist aber unübersehbar.¹² Auch im FN hat man das mögliche Konkurrenzverhältnis registriert und hadert mit der Frage, wie damit umzugehen ist.¹³

SCHARFER TON GEGENÜBER DEN ELITEN

Was Wauquiez von Sarkozy unterscheidet, ist ein schärferer Ton gegenüber den Eliten, den vor ihm schon Emmanuel Macron erfolgreich in politisches Kapital umgemünzt hat. Er setzt sich als Sprecher der »schweigenden Mehrheit im Land« in Szene, die von einer »technokratischen Kaste« daran gehindert würde, »wichtige« Themen der nationalen Identität anzusprechen.¹⁴ Der Präsident kümmere sich zu sehr um die Reichen und zu wenig um die arbeitende Mittelschicht, die darunter leide, dass die großzügigen Sozialleistungen viele vom Arbeiten abhielten. Auf den Spuren von Donald Trump versucht Wauquiez durch das gleichzeitige Ausschlagen nach Oben und nach Unten Zuspruch bei den von Marginalisierung und sozialem Abstieg bedrohten Mittelschichten zu finden. Wauquiez erweist sich insofern als »Buisson-Baby«, wie die gemäßigte Konservative Natalie Kosciusko-Morizet die Anhänger einer an den FN angelehnten Politik abschätzig genannt hatte. Patrick Buisson, ein ehemaliger Rechtsextremer, diente Nicolas Sarkozy im Élysée-Palast und ist so etwas wie die französische Version von Stephen Bannon: Als politisch einflussreicher Berater trug er zu einer deutlichen Rechtsverschiebung des Kurses des Präsidenten bei, schied aber nicht im Guten von ihm. Wauquiez räumte schon vor Jahren ein, Buisson regelmäßig zu konsultieren.¹⁵

DER UMGANG MIT DER REGIERUNG MACRON

Die wirkliche Neuerung ist also weniger eine inhaltliche Kursänderung, als die Perspektive für eine Beteiligung an der politischen Macht in Frankreich. Nachdem eine Korruptionsaffäre zum Jahreswechsel 2016/17 den als sicheren Sieger bei den Präsidentschaftswahlen geltenden François Fillon in Umfragen abstürzen ließ, konnte Emmanuel Macron deutlich an Terrain gewinnen. Er schaffte es gegen Marine Le Pen in die Stichwahl, die er mit klarer Mehrheit für sich entschied. Dank des präsidentialen politischen Systems und der terminlichen Verknüpfung von Parlaments- und Präsidentschaftswahl verfügt seine Partei »La République en marche« (LREM) seit Juni auch in der Nationalversammlung über eine klare Mehrheit.

Nach seiner Wahl ernannte er einen gemäßigten Konservativen, Édouard Philippe, zum Premierminister und verfolgt eine Politik, die wohl nur außerhalb Frankreichs als »sozialliberal« bezeichnet, in Frankreich selbst aber als wirtschaftsliberal wahrgenommen wird.¹⁶ Von Anfang an war daher bei den Konservativen der Umgang mit der neuen Administration umstritten. Philippe und andere Mitglieder der Regierung wurden zunächst nicht aus der Partei ausgeschlossen, Teile der Parlamentsfraktion – die Konservativen sind die zweitstärks-

te Partei im Parlament – forderten, »eine konstruktive Rolle« gegenüber der Regierung zu spielen, in anderen Worten: Zu kooperieren, statt zu opponieren. Macrons Regierung kann sich in Umfragen auch nach sechs Monaten nur unter den WählerInnen zweier Parteien einer mehrheitlichen Zustimmung erfreuen – Macrons eigener Liste LREM und eben den WählerInnen der Républicains.¹⁷ Fast 70% der konservativen WählerInnen befürworten eine »konstruktive Rolle« gegenüber der Regierung.¹⁸

Gerade das scheint aber jenen Kräften in der Partei die Oberhand gebracht haben, die um die Existenz der Konservativen als eigenständige politische Formation fürchten. Die Wahl von Wauquiez an die Parteispitze steht also weniger für eine inhaltliche Kurskorrektur, als für die Frage, auf welchem Weg die Konservativen um die politische Macht ringen wollen: Unterordnung unter Macron oder Polarisierung und Eigenständigkeit? Wauquiez ist eine klare Entscheidung der Partei für zweiteres. Bereits Ende Oktober wurden Philippe und die anderen Mitglieder der Regierung aus der Partei ausgeschlossen. Dass nun einige altgediente Führungspersönlichkeiten der Konservativen das Feld räumen ist zwar einerseits unangenehm, stützt aber zugleich die Erzählung Wauquiez vom »Generationswechsel« in der Rechtspartei. Solange sich die Zahl der Abtrünnigen in Grenzen hält, nützen sie wohl sogar der Glaubwürdigkeit des Märchens von der fundamentalen Neuorientierung der Konservativen, die seit Jahrzehnten gewichtiger Teil der französischen Machteliten sind und die nun auf dem »Anti-Eliten-Ticket« den Kampf mit Macron und Le Pen um ihren Platz im Zentrum französischer Machtpolitik aufnehmen wollen.

MACRONS POLITIK

Emmanuel Macrons Position ist dabei weniger komfortabel, als man in der »Mitte-Logik« der 1990er-Jahre annehmen würde. Die Zustimmungswerte zu Macron sind rund um den Konflikt um die Reform des Arbeitsrechts steil abgesunken und befinden sich auf einem ähnlichen Niveau wie die Hollandes sechs Monate nach dessen Amtsantritt 2012.¹⁹ Anders als Hollande wird Macron zwar zumindest Durchsetzungskraft zugebilligt,²⁰ doch die Ziele, für die er diese einsetzt, machen ihn für eine Anti-Eliten-Strategie durchaus verwundbar. Nur 27% der Französischen und Franzosen finden Macron bürgernah. Auf die Frage, wer am meisten von seiner Politik profitiert, antworten 88% »die großen Vermögen«, 83% »Chefs von Unternehmen«, 78% »die BezieherInnen großer Einkommen«, nur 27% sagen »die Arbeitslosen« und nur 25% »die BezieherInnen niedriger Einkommen«.²¹ Selbst die

WählerInnen von »La République en marche« haben keinen Zweifel daran, dass es die Vermögenden und Unternehmer und nicht die Arbeitslosen und NiedrigverdienerInnen sind, die primär von Macrons Politik profitieren.

Das hat durchaus gute Gründe: Im Oktober 2017 beschloss Macrons Regierungsmehrheit eine Vermögenssteuer auf Aktien und Finanzprodukte für Haushalte mit mehr als 1,3 Mio. Euro abzuschaffen. Trotz leerer Kassen nahm seine Regierung Einnahmefälle von rund 3 Mrd. Euro bereitwillig in Kauf,²² kürzte dafür aber nahezu zeitgleich aus budgetären Gründen eine Wohnbeihilfe, von der v.a. NiedrigverdienerInnen profitierten. Dass ein Drittel seiner MinisterInnen selbst MillionärInnen sind, passt ins Bild.²³ Im Konflikt um die Reform des französischen Arbeitsrechts hat Macron zwar erfolgreich die Gewerkschaften ausmanövriert und musste der französische Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon das Scheitern der Protestbewegung an Macrons Härte eingestehen,²⁴ doch scheint fraglich, wie lange sich Macron an diesem »Erfolg« erfreuen kann.

Inhaltlich ging es bei der Reform v.a. um eine Schwächung gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht. Unternehmer sollen künftig nicht nur leichter Abkommen auf Betriebsebene schließen können, sie müssen anders als bisher GewerkschaftsvertreterInnen den Verhandlungen nicht mehr beiziehen. In Unternehmen bis zu elf MitarbeiterInnen braucht es nicht einmal eineN gewählteN BelegschaftsvertreterIn, sondern kann der Arbeitgeber direkt und ohne Beiziehung der Gewerkschaft mit den ArbeitnehmerInnen verhandeln.²⁵ Formal wurde die Reform durch das in der präsidentialen französischen Verfassung enthaltene Notverordnungsrecht, und nicht im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren in Kraft gesetzt. Macron spielt hier mit autoritären Politikmustern.

Seine politische Schwerpunktsetzung spiegelt sich in den Zustimmungsraten nach Berufsgruppen wider: Zwei Drittel der ArbeiterInnen und 60% der Angestellten sind mit seiner Regierung unzufrieden, bei Selbständigen und Intellektuellen ist das Bild umgekehrt.²⁶ Während Macron in Paris überdurchschnittliche Werte aufweist, hat er im Rest des Landes mit deutlich größerer Skepsis zu kämpfen.

Macron hat den Wahlkampf 2017 als Kämpfer gegen das wenig populäre Establishment und als aussichtsreiche Alternative zu Le Pen gewonnen. An die Macht (zurück)gelangt, spricht angesichts seiner politischen Ausrichtung viel dafür, dass er selbst rasch als Teil dieses Establishments wahrgenommen wird.

Gelingt es den Konservativen, sei es auch um den Preis der fortgesetzten inhaltlichen Annäherung an den Front National, sich als seriöse Alternative und Protestbewegung gegen die Pariser Polit-Elite in Szene zu setzen, droht Macron beide genannten Stärken seiner Wahlbewegung 2017 zu verlieren.

Macron hat daher zwei strategische Interessen: Er muss zum einen weiter versuchen, durch radikale Wirtschaftsreformen, die sich die Konservativen seit Jahrzehnten nicht gegen die Gewerkschaften durchzukämpfen getraut haben, das konservative Lager zu spalten und als der »bessere Wirtschaftsreformer« dazustehen. Damit treibt er aber, in Absenz einer starken linken Opposition, die ArbeiterInnenschaft weiter in die Arme des FN. Gleichzeitig darf die Linke keinen Fuß auf den Boden bekommen, weil ansonsten das einzige Wahlmotiv linker WählerInnen für Macron – die Schutzschildfunktion gegen den FN – verloren ginge.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist eine Unterstützung von Macrons Politik daher eine Form des russischen Roulettes, in der fünf von sechs Kammern geladen sind. Es würde bedeuten, eine gegen den Sozialstaat und die Gewerkschaften gerichtete Politik mitzutragen, um am Ende an den zweifelhaften Wahlerfolg eines Kandidaten gekettet zu sein, von dem sozialpolitisch nichts Positives zu erwarten ist.

DIE AUFSTELLUNG DER LINKEN

Obwohl eine starke Neuaufstellung der Linken also dringend erforderlich wäre, ist davon bisher nichts zu merken – ganz im Gegenteil.

Der Parti Socialiste (PS) ist nach den vernichtenden Wahlniederlagen bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April und im Juni 2017 vollauf mit sich selbst beschäftigt. Während ein Teil der alten Parteieliten zu Macron übergegangen ist, wirkt der Rest der Partei wie ein Konkursfall, bei dem zweifelhaft ist, ob mangels Masse überhaupt noch ein geordnetes Konkursverfahren eröffnet werden kann. Die historische Parteizentrale in der Rue Solferino in Paris musste verkauft werden. Eine kollektive Parteiführung hat im September die Agenden des zurückgetretenen Ersten Sekretär, Jean-Christophe Cambadélis, übernommen, der sich seit Juni v.a. darum gekümmert hat, als erster mit einem eigenen Buch mit den Gründen für das Wahldebakel abzurechnen – und allen anderen außer sich selbst die Schuld dafür zuzuweisen.²⁷ Zwei Drittel der SympathisantInnen der Linken zweifeln, ob der PS politisch überleben wird.²⁸ Der Parteikongress, mit dem die Partei organisatorisch und politisch neu aufgestellt werden

soll, wurde mehrfach verschoben und soll jetzt im April stattfinden.²⁹ Dabei zeichnet sich eine Fortschreibung der politischen Spaltung der letzten Jahre ab. Mehrere Mitglieder der Regierung Hollande/Valls halten sich eine Kandidatur offen, am linken Flügel überlegt der Europaabgeordnete Emmanuel Maurel eine Kandidatur.

Seine Aussichten sind nicht zuletzt dadurch weiter geschmälert, dass der frühere Präsidentschaftskandidat Benoit Hamon, entnervt von der parteiinternen Demontage vor und nach dem Urnengang, die Partei im Juli verlassen hat. Bei einer Veranstaltung am 17. Juli verkündete er die Gründung der »Bewegung des 17. Juli«, die sich auf einem Kongress Anfang Dezember in »Generation.s« umbenannte. Die politische Perspektive dieser Formation bleibt auch nach dem Kongress unklar. Hamon setzt stark auf Forderungen wie das Grundeinkommen und ökologische Fragen,³⁰ eine »klassische Partei« lehnt er ab und sucht den Dialog mit Organisationen und der »Zivilgesellschaft«. Selbst als wohlmeinender Beobachter ist nicht nachvollziehbar, wie er auf dieser inhaltlichen und organisatorischen Grundlage die Linke einen und dem Front National unter ArbeiterInnen und Angestellten erfolgreich entgegenzutreten können soll.

Bleibt Jean-Luc Mélenchon und seine Bewegung des »widerständigen Frankreichs« (»La France insoumise« LFI), die sowohl bei den Präsidentschafts-, als auch bei Parlamentswahlen einen Achtungserfolg eingefahren haben. Mit 19,58 % verpasste Mélenchon den Einzug in die Stichwahl nur um zwei Prozentpunkte, bei den Parlamentswahlen konnte LFI trotz fehlender, im französischen Mehrheitswahlrecht essentiellen, Wahlbündnisse mit dem PS im Unterschied zur Kommunistischen Partei 17 Sitze und damit Fraktionsstärke erlangen. Mélenchon erwies sich im Wahlkampf als Publikumsmagnet und überzeugender Redner, und konnte als einziger Kandidat der Linken Marine Le Pen unter ArbeiterInnen und Arbeitslosen, bei denen er sogar das beste Ergebnis einfuhr, etwas entgegensetzen. Und auch jetzt ist es seine siebzehnköpfige Fraktion, die in der Wahrnehmung der Französischen und Franzosen am ehesten als Opposition gegen den allmächtigen Präsidenten Macron erscheint.³¹

Doch Mélenchons größtes Problem ist sein Einzelgänger-tum. 2008 aus dem PS ausgetreten, nehmen ihm viele im PS übel, dass er seine eigene Partei begründet hat. Ähnlich wie Oskar Lafontaine in der SPD löst er bei vielen in der Partei eine emotionale Abwehrhaltung ein, die eine Allianz selbst in größter politischer Not unwahrscheinlich machen.³² Aber

auch wenn derzeit nicht absehbar erscheint, wie der französischen Linken eine aussichtsreiche Neuaufstellung gelingt, ändert das nichts an deren dringender Notwendigkeit. Das politische Feld dem rechtsextremen FN, den in das politische Fahrwasser des FN geratenen Konservativen und der (wirtschafts)liberalen Regierung Macrons zu überlassen, hieße, dem politischen Triumph des Rechtsextremismus nach amerikanischem Vorbild den Boden zu bereiten. Das politische System Frankreichs ist in Bewegung geraten – das Ergebnis ist offen. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. https://www.francetvinfo.fr/politique/les-republicains/direct-election-president-les-republicains-wauquiez-de-calan-portelli-vote-resultats-reactions_2508323.html
2. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/frankreich-konservative-ruecken-weit-nach-rechts-15334886.html>
3. <http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/2017/12/11/25001-20171211ARTFIG00273-xavier-bertrand-annonce-son-depart-des-republicains-apres-l-election-de-laurent-wauquiez.php>
4. http://www.lemonde.fr/politique/article/2017/11/26/creer-un-nouveau-parti-ou-rejoindre-la-republique-en-marche-deux-options-pour-la-droite-pro-macron_5220569_823448.html
5. https://www.lexpress.fr/actualite/politique/assistanat-immigration-elites-wauquiez-assume-sa-ligne-a-droite-toute_1955114.html
6. <https://www.capital.fr/economie-politique/laurent-wauquiez-il-a-aussi-un-programme-economique-1259909>
7. <http://www.marieclaire.fr/mariage-pour-tous-maire-laurent-wauquiez-on-est-pas-couche,704853.asp>
8. <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2013/05/27/97001-20130527FILW-ww00446-wauquiez-s-emmele-sur-le-mariage-gay.php>
9. http://www.liberation.fr/france/2009/11/02/l-identite-nationale-selon-sarkozy_591481
10. <https://www.marianne.net/politique/ump-fn-le-sondage-qui-fait-mal>
11. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-laurent-wauquiez-ist-der-neue-nicolas-sarkozy-a-1182327.html>
12. https://oeilsurlefront.liberation.fr/les-idees/2017/12/08/la-droite-et-le-fn-complementaires-ou-adversaires_1615368
13. http://www.lemonde.fr/politique/article/2017/11/21/entre-marine-le-pen-et-laurent-wauquiez-une-guerre-de-tranchees_5217851_823448.html
14. <http://www.lefigaro.fr/politique/2017/10/25/01002-20171025ARTFIG00363-laurent-wauquiez-s-insurge-contre-les-elites.php>
15. <http://www.planet.fr/politique-laurent-wauquiez-un-bebe-buisson.747996.29334.html>
16. <https://www.bva-group.com/sondages/francais-six-premiers-mois-demmanuel-macron/>
17. <https://staticswww.bva-group.com/wp-content/uploads/2017/11/5-Rapport-de-resultats-BVA-La-Tribune-6-premiers-mois-dE-Macron-Nov17.pdf>
18. <http://www.bfintv.com/politique/sondage-7-sympathisants-de-droite-sur-10-souhaitent-que-lr-soit-constructif-face-au-gouvernement-1275508.html>

19. http://ifop.fr/media/poll/3908-1-study_file.pdf
20. [https://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/wxc1coovfw/R%C3%A9sultats%20YouGov%20pour%20le%20Huff-Post%20\(Barom%C3%A8tre\)%20172%20061217%20As%20Sent.pdf](https://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/wxc1coovfw/R%C3%A9sultats%20YouGov%20pour%20le%20Huff-Post%20(Barom%C3%A8tre)%20172%20061217%20As%20Sent.pdf)
21. <http://www.odoxa.fr/sondage/echec-de-macron-reconquete-de-lopinion-stagne-popularite-reste-president-riches/>
22. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/emmanuel-macron-streicht-vermoegenssteuer-die-reichen-zuerst-a-1173243.html>
23. http://www.liberation.fr/france/2017/12/16/un-tiers-des-ministres-du-gouvernement-sont-millionnaires_1617080
24. <http://www.leparisien.fr/politique/reformes-economiques-melenchon-s-avoue-pour-l-instant-battu-par-macron-29-10-2017-7361211.php>
25. <http://www.leparisien.fr/economie/patrons-salaries-ce-que-la-reforme-du-code-du-travail-change-pour-vous-01-09-2017-7227522.php>
26. http://ifop.fr/media/poll/3908-1-study_file.pdf
27. http://www.lepoint.fr/politique/ps-l-essai-au-vitriol-de-jean-christophe-cambadellis-26-09-2017-2160081_20.php
28. <http://www.lejdd.fr/politique/le-ps-a-t-il-encore-un-avenir-3510479>
29. <http://www.francesoir.fr/actualites-politique/quatre-mois-du-congres-les-appetits-saiguisent-au-ps>
30. http://www.liberation.fr/france/2017/12/03/hamon-et-generations-au-milieu-des-gauches_1614113
31. https://elabe.fr/wp-content/uploads/2017/10/11102017_bfmtv_les-francais-et-les-republicains.pdf
32. <http://www.liberation.fr/debats/2017/11/29/melencho>



Sandi Fellman, Grey Lion, Tokyo, Japan, 1983, Polaroid 20x24 Polacolor
© Sandi Fellman, Courtesy The Polaroid Collection

Nachsitzen

Das österreichische Bildungssystem am Pranger – Irini Tzaferis hat sich das Buch mit dem Ehrfurcht gebietenden Titel näher angesehen

Schon im Vorwort zu Herbert Molzbichlers 2017 im Braumüller Verlag erschienener Publikation geht der Philosoph Konrad Paul Liessmann auf den Kernpunkt ebendieser ein: dem permanenten Ruf nach der Reform des Bildungssystems und seinem Scheitern.

Herbert Molzbichler versucht in seinem Buch alle Baustellen des Schulsystems aufzuarbeiten. Und es sind viele. Er selbst, seit 36 Jahren als Pädagoge tätig, gibt Einblick über die Entwicklung der verschiedenen Bildungsreformen der letzten Jahrzehnte, ihr Entstehen und ihre tatsächliche Umsetzung.

Dass es im österreichischen Bildungssystem an allen Ecken und Enden krankt, ist kein Geheimnis. Molzbichler arbeitet die systematische Exklusion von Kindern aus dem Bildungssystem heraus, die durch frühzeitige Segregation und fehlende Begabtenförderung passiert. Gleichzeitig zeigt er die Bürokratie des Schulrechts, gibt einen Insider-Blick auf das Lehrpersonal und kritisiert das so genannte ExpertInnen_tum in der österreichischen Bildungspolitik.

Fragwürdig scheint die Haltung des Autors zu den Themen Frauenquote. Im selben Atemzug mit der Kritik an politischer Umfärbung im Schulbetrieb nach der Veränderung von Mehrheitsverhältnissen nach einer Wahl, wird darauf hingewiesen, dass außerdem in den letzten Jahren »extrem gegendert« werde. Die Tatsache, dass sich Landesschulinspektorate und Schulleitungen zunehmend in Frauenhand befinden, führe dazu, dass Bewerbungen von Männern stark rückläufig sind, weil sich »unter den vorliegenden Bedingungen immer weniger dafür interessieren.« Behauptet wird schließlich, dass die Quotenregelung über das Ziel hinauschieße, weil Befähigung und Qualifikation nicht objektiv genug berücksichtigt werden.

Auch die Aussagen des Autors zur frühkindlichen Betreuung in Bildungseinrichtungen und zur Berufstätigkeit von beiden Eltern sind verstörend. Weil zu seiner Studienzeit die bildungswissenschaftliche Psychologie der Meinung war, dass Kinder unter drei Jahren aufgrund von mangelnder Gruppenfähigkeit nicht in der Lage seien, außerhäuslich betreut zu werden, unterstellt er der Psychologie, sie würde sich als Wissenschaft »prostituieren«, indem sie sozioökonomisch erwünschten Entwicklungen (wie die Fremdbetreuung von unter 3-jährigen, damit deren Eltern einer Erwerbsarbeit nachgehen können) nicht zuwiderläuft.

Diesen Aussagen lassen eines außer Acht: Der Kindergarten als erste Bildungseinrichtung nimmt einen zentralen Stellenwert im Kampf gegen die Ungleichheit in der Bildungsbiographie der Kinder ein. Die von Molzbichler selbst mehrfach angeführte Ungerechtigkeit der Bildungssegregation gipfelt ja nur formal in der Trennung zwischen NMS und Gymnasium mit zehn Jahren. Die fundamentalen Unterschiede werden ab der ersten Schulstufe, oft schon früher, deutlich. Der Wunsch Molzbichlers, die Eltern mögen sich doch endlich wieder mehr mit ihren Kindern beschäftigen, geht hier am Problem vorbei. Strukturelle Ungleichheit aufgrund von ökonomischer Ungleichheit muss in einer staatlichen Bildungseinrichtung, wie dem Kindergarten oder der Schule, bekämpft werden.

Einen zentralen Stellenwert räumt der Autor dem Aspekt des Menschenbildes ein. An der Bildungs- und Gesellschaftspolitik lasse sich das ihr zugrunde liegende Menschenbild ablesen. Es ist nicht zu bestreiten, dass der Neoliberalismus und die neoliberale Ideologie fast alle Gesellschaftsbereiche erreicht und durchzogen haben – der Neoliberalismus ist in der Schule angekommen. So kann anhand der Entwicklungen der

letzten Jahre und Jahrzehnte die Unterwerfung der Pädagogik, der Bildung unter die wirtschaftlichen Prinzipien des Neoliberalismus beobachtet werden.

Der permanente Ruf nach Autonomie, der letztendlich die monetäre Ausdünnung von Schulen und Hochschulen zur Folge hat, die Implementierung von betriebswirtschaftlichen Prinzipien und Verwertungslogiken im Hochschulbereich, die Vermarktung von Schule sind hier nur einige Beispiele.

Insgesamt geben Molzbichlers Ausführungen wenig Grund zur Hoffnung, das Bildungssystem könne sich rasch zu einem effizienten, an den Kindern und Jugendlichen orientierten und unbürokratischen System entwickeln. Schließlich plädiert Molzbichler dagegen, weiter bei den Schulen zu sparen und stattdessen Geld beispielsweise durch die Auflösung des BIFIE zu lukrieren, er plädiert für die Anstellung von Unterstützungspersonal für administrative Zwecke und die Überstellung der Bildungskompetenzen an den Bund. Sein letztendlicher Appell richtet sich aber an die Lehrerinnen und Lehrer. Sie sollen sich zusammenschließen und eine laute solidarische Stimme gegen parteipolitische Besetzungen und manchen anderen Unsinn im österreichischen Bildungssystem darstellen. 🍷

IRINI TZAFERIS

arbeitet als AHS-Lehrerin in Wien
und ist Mitglied der Redaktion der ZUKUNFT.



Herbert Molzbichler
Nachsitzen
Österreichisches Bildungssystem
am Pranger
Verlag Braumüller, 2017
208 Seiten, 19,- Euro



Gottfried Helnwein, Untitled, 1987, Polaroid 20x24 Polacolor
© DACS 2017, Courtesy Fotosammlung OstLicht



Toto Frima, Untitled, 1980, Polaroid SX-70 Time Zero
© Toto Frima, Courtesy Fotosammlung OstLicht

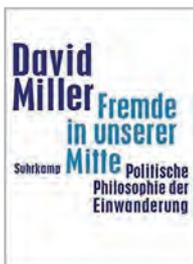
Einwanderung, Rassismus & Staat



Andreas Bernard KOMPLIZEN DES ERKENNUNGSDIENSTES

Ausgangspunkt des Buches ist die Beobachtung, dass viele Verfahren der Selbstpräsentation und Selbsterkenntnis in der digitalen Kultur auf Methoden der Kriminologie, Psychologie und Psychiatrie zurückgehen. Andreas Bernard geht der Frage nach, warum Geräte und Verfahren, die Verbrecher und Wahnsinnige dingfest machen sollten, heute als Vehikel der Selbstermächtigung gelten.

S. FISCHER, 240 Seiten, 24,70 Euro



David Miller FREMDE IN UNSERER MITTE

Das Thema Einwanderung steht im Zentrum intensiver Debatten. Der renommierte britische Philosoph David Miller verteidigt in seinem Buch eine Position zwischen einem starken Kosmopolitismus, der für uneingeschränkte Bewegungsfreiheit und offene Grenzen plädiert, und einem blinden Nationalismus, der oft in pauschale Ausländerfeindlichkeit und dumpfen Rassismus umschlägt.

SUHRKAMP, 330 Seiten, 32,90 Euro



Ibram X. Kendi GEBRANDMARKT

In einer Tour de Force erzählt der junge amerikanische Historiker Ibram X. Kendi die wahre Geschichte des Rassismus in Amerika – von den Puritanern bis zu Black Lives Matter. Er zeigt, dass der Rassismus nicht nur aus den trüben Quellen von Ignoranz und Hass aufsteigt, sondern von Anfang an dazu diente, Diskriminierung zu rechtfertigen und plausibel zu machen.

C. H. BECK, 604 Seiten, 34,80 Euro



Utz Schliesky GESPRÄCHE ÜBER DEN STAAT

Es ist wieder Zeit, über den Staat nachzudenken. Die Gespräche widmen sich den zentralen Themen, zu denen der moderne Staat Stellung beziehen muss: Definition und Bedeutung des Staates, tragende Staatsprinzipien, wie z. B. Demokratie- und Rechtsstaat und deren Gefährdung, Auswirkungen der Europäisierung und Internationalisierung, Staat und Religion sowie die Zukunft des Staates.

C. H. BECK, 275 Seiten, 20,50 Euro



Ina Hartwig WER WAR INGEBORG BACHMANN

Ingeborg Bachmann ist ein Mythos der Literatur: die divenhaften Auftritte, die frühe Berühmtheit, die Beziehungen mit Paul Celan und Max Frisch, ihr rätselhafter Tod sorgen für ein glamouröses Bild. Ina Hartwig schaut hinter die Fassade und entdeckt Ingeborg Bachmann als politisch denkende Intellektuelle und Medienprofi, als Dichterin, die mit Witz und lebenspraktischer Klugheit überrascht.

S. FISCHER, 320 Seiten, 22,70 Euro



Baha Güngör ATATÜRK'S WÜTENDE ENKEL

Wohin geht das »Land der unbegrenzten Widersprüche«? Der Türkei-Experte analysiert die aktuelle Lage in der Türkei, forscht nach deren Ursachen und erläutert mögliche künftige Entwicklungen. Ende der Meinungsfreiheit, Re-Islamisierung, Verfassungsumbau, abhängige Justiz und Säuberungen – führen sie die Türkei weg von Europa, NATO und Demokratie? Wie ist die Unterstützung für Erdogan zu erklären?

J. H. W. DIETZ, 240 Seiten, 20,60 Euro

Einzelgänger, Verbannte & das Glück



Harriet Cummings
EINE VON UNS

Aus dem Englischen von Walter Goidinger. Sommer 1984, ein Dorf in der Provinz in England. Alles beginnt ganz harmlos: mit dem Gefühl der Dorfbewohner, dass jemand in ihrem Haus war, mit Spuren von schmutzigen Schuhen auf der Treppe, fettigen Fingerabdrücken auf dem Badezimmerspiegel. Dann verschwinden Dinge, oder, noch rätselhafter, es tauchen andere auf.

DEUTICKE, 368 Seiten, 20,60 Euro



Ismail Kadare
DIE VERBANNT

Aus dem Albanischen von Joachim Röh. Auf der Premierenfeier seines neuesten Stücks wird der Autor Rudian Stefa von einer jungen Frau um eine Widmung gebeten. Ihre Freundin könne leider nicht kommen, sei aber eine große Bewundererin. Der Dramatiker kommt der Bitte nach. Kadare zeigt, wie autoritäre Herrschaft alle zwischenmenschlichen Beziehungen deformiert.

S. FISCHER, 208 Seiten, 20,60 Euro



Tanguy Viel
SELBSTJUSTIZ

Aus dem Französischen von Hinrich Schmidt-Henkel. Martial Kermeur ist des Mordes angeklagt. An einem einzigen Tag, Auge in Auge mit dem Richter, erzählt er die Geschichte seines Lebens in einer kleinen bretonischen Stadt am Meer, von der gescheiterten Ehe mit France und von seinem Sohn Erwan, den er allein aufgezogen hat. Er ist ein einfacher und bescheidener Mann, der scheitert.

KLAUS WAGENBACH, 168 Seiten, 20,60 Euro



Melinda Nadj Abonji
SCHILDKRÖTENSOLDAT

Zoltán Kertész, blauäugiger Sohn eines »Halbzigeuners« und einer Tagelöhnerin, ist der Außenseiter in einem kleinen Ort in Serbien und sitzt am liebsten in der Scheune und löst Kreuzworträtsel. Als 1991 der jugoslawische Bürgerkrieg ausbricht, sehen das die Eltern als Chance für den Sohn: In der Volksarmee soll der »Taugenichts«, der »Idiot« zuerst zum Mann und dann zum Helden werden.

SUHRKAMP, 173 Seiten, 20,60 Euro



Joachim Meyerhoff
DIE ZWEISAMKEIT
DER EINZELGÄNGER

Endlich verliebt! In Hanna, Franka und Ilse. Eine blitzgescheite Studentin, eine zu Exzessen neigende Tänzerin und eine füllige Bäckerfrau stürzen den Erzähler in schwere Turbulenzen. Die Gleichzeitigkeit der Ereignisse ist physisch und logistisch kaum zu meistern, doch trotz aller moralischer Skrupel geht es ihm so gut wie lange nicht. Die Frage ist: Kann das gut gehen? Die Antwort ist: Nein.

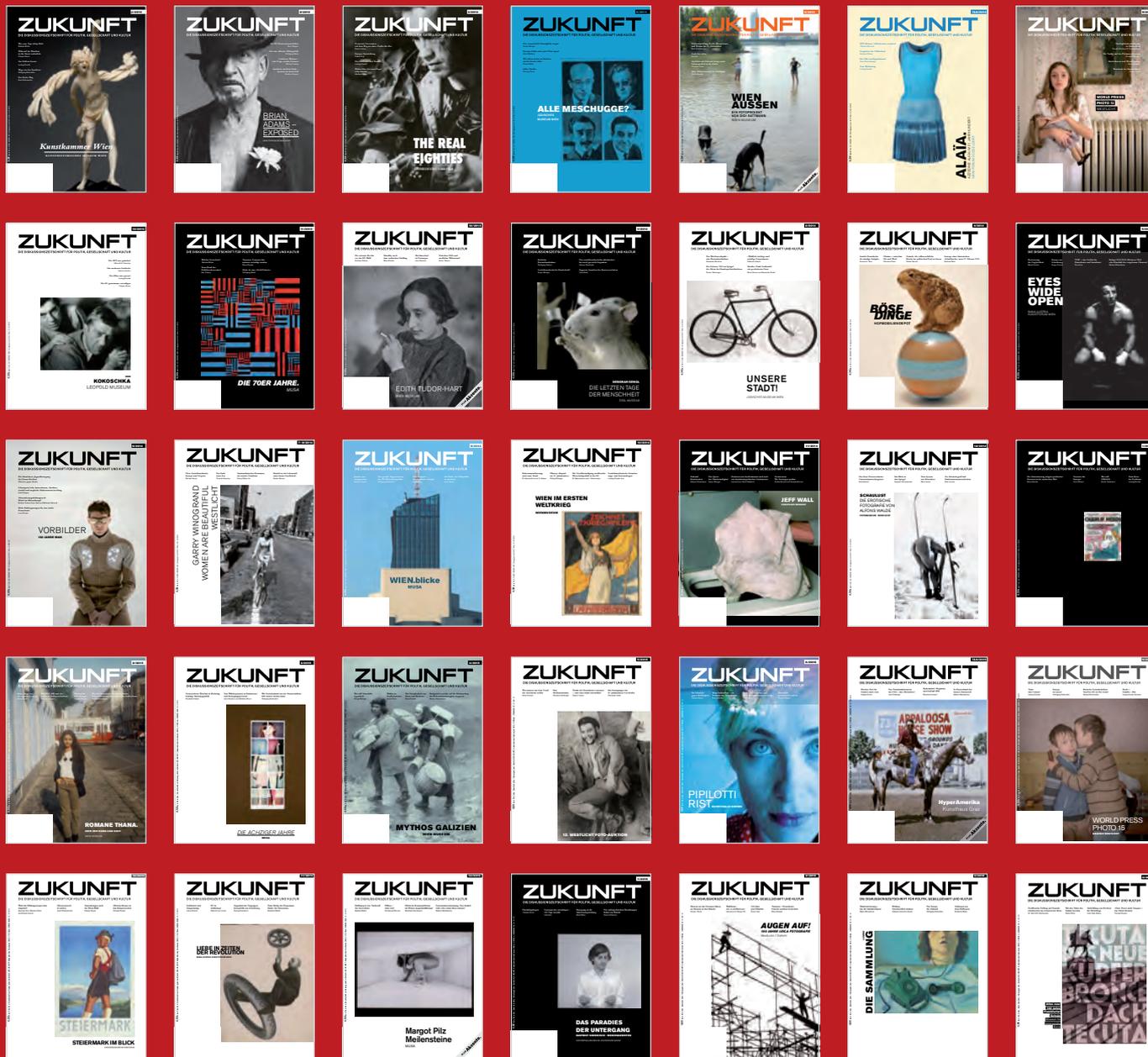
KIEPENHEUER UND WITSCH, 416 Seiten, 24,70 Euro



T. von Steinaecker, B. Yelin
DER SOMMER IHRES LEBENS

Die alte Gerda steht am Fenster des Seniorenheims und schaut in die Sterne. Lange hat sie die Frage aufgeschoben, jetzt sucht sie eine Antwort darauf: Hatte sie ein glückliches Leben? Und während sie versucht, den Alltag im Heim zu meistern, denkt sie zurück. *Der Sommer ihres Lebens* ist die erste Zusammenarbeit zwischen der Zeichnerin Barbara Yelin und dem Schriftsteller Thomas von Steinaecker.

REPRODUKT, 80 Seiten, 20,60 Euro



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: